

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Redaktion: A. Heutmann in Düsseldorf 51, Corneliustr. 66. Berichte, kleine Beiträge etc. sind zunächst an den betr. Bezirksvorsitzenden einzuliefern. Sämtliche Beiträge müssen bis Montags abends bei 3 der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag und kostet vierteljährlich durch die Post bezogen 3.- M. Expedition und Druck von Joh. van Allen in Krefeld, Luth. Kirchstr. 65. Fernsprech-Nr. 1368.

Sin Rückblick auf die Krefelder Bewegung.

Man schreibt uns: Unsern Lesern ist bekannt, daß die Krefelder Krautwollstoffweber einen Antrag an den Fabrikantenverband stellten um 10 resp. 15 Prozent Lohnerhöhung. Der Antrag wurde am 5. Nov. 1907 durch die beteiligten Organisationen übermitteln. Die Fabrikanten lehnten den Antrag rundweg ab, worauf die Weber von vier Betrieben auf einer Belegschaftsverammlung beschloßen, am 2. Dez. zu kündigen.

Man hat sich verschiedentlich darüber aufgehalten, daß der Bezirksvorsitzende unseres Verbandes in dieser Versammlung nicht anwesend war. Kollege Beich war jedoch wegen einer anderen wichtigen Angelegenheit nicht in der Lage, an der Versammlung teilzunehmen. In Anrath war nämlich ebenfalls eine Versammlung und sollte dort an demselben Abend eine Fabrikantenversammlung stattfinden, um eventl. über den Streik abzusprechen. Der Anrath Fabrikant ist Mitglied des Arbeitgeberverbandes, und es war deshalb nicht ausgeschlossen, daß einem eventl. Streik eine Absperrung folgen würde. Es galt darum, die Anrath Kollegen von einem Streikbeschlusse zurückzuhalten. Die Anwesenheit des Bezirksvorsitzenden in der Belegschaftsverammlung der Krefelder Stoffweber schien uns so notwendig, als doch ein Vertreter unseres Verbandes an derselben teilnahm und bei den leitenden Personen unserer Organisation die Meinung vertreten war, daß die Mehrzahl der Stoffweber gegen den Streik stimmten würde. Diese Meinung erwies sich jedoch als irrig.

Die Arbeiter waren unter allen Umständen für einen Streik. Die Verbandsvertreter befehlten die Situation treffend und verhielten sich nicht, auf den Ernst der Lage aufmerksam zu machen. Doch soll nicht verkannt werden, daß der Gauleiter des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes, Reimes, erklärte: „Wenn wir einmal unser Wort gegeben haben, dann halten wir es auch“. War dieser Auspruch auch nicht das Signal zur Kündigung, so veranlaßte er doch manchen Schwächenden, für den Streik zu stimmen. Unser Lokalbeamter erklärte, die Genehmigung zum Streik vom Zentralvorstand nicht zu haben. Reimes mußte auf Anfrage gehen, aber er zwar auch nicht die Streikgenehmigung habe, aber alles auf seine eigene Kappe nähme. Da gab auch unser Lokalbeamter die Genehmigung zur Kündigung. Bemerkenswert noch werden, daß man unseren Lokalbeamten in der Fernleitung wegen seines ablehnenden Verhaltens nicht in einer besonders kollegialen Art anführte. Selbst ein Kollege, der seit einigen Wochen Mitglied unseres Verbandes war, meinte mit „Wadauer“ feindselig zu müssen, daß unser Verband nachgeht“ töme.

Die Genehmigung zur Kündigung durch den Lokalbeamten war ungewisshaft statutenwidrig, angesichts der Sachlage jedoch zu verstehen. Dem trug auch unser Zentralvorstand in einer am 3. Dez. stattgefundenen Sitzung Rechnung, und genehmigte den Streik der vier Belegschaften nachträglich unter folgender Einschränkung: „Der Zentralvorstand genehmigt den Streik, behält sich jedoch weitere Maßnahmen vor. Der Bezirksvorsitzende wird beauftragt, zu versuchen, daß die Wiederaufnahme der Arbeit erfolge, wenn der Ausstand ernste Folgen nach sich ziehen sollte.“

Hervorheben wollen wir, daß für uns nur ca. 80 Mitglieder in den vier Betrieben in Frage kamen; anders organisiert waren ungefähr 400 Arbeiter. Dienstag wurde gefündigt, und für die nächtliche Woche kam schon für die Stoffweber und die Häfaindustrie die Ankündigung der Absperrung. Sofort wurde für unsere Mitglieder eine Versammlung einberufen, in der der Bezirksleiter den Versammelten den Ernst der Lage vor Augen führte und die Erklärung abgab, daß der Verband alle Folgen, welche aus dem Streik entspringen, entschließen abzulehnen würde.

War der Antrag der Krefelder Stoffweber auf Lohnerhöhung berechtigt? Unzweifelhaft! Alle beteiligten Organisationen fanden und stehen heute noch auf dem Standpunkt, daß der Verdienst der Stoffweber zu gering ist. Warum war dennoch der Antrag undurchführbar? Die Fabrikanten sagen, „weil wir nicht mehr zahlen können“, wir sagen, „weil die Fabrikanten die Lohnfrage zu einer Machtklage machten und außerdem die Fabrikbetreiber befürchteten, daß, wenn die Stoffweber mehr erhielten, die Häfer ebenfalls mehr haben wollten.“

Gäber erklärte der Gauleiter des deutschen Verbandes in einer gemeinsamen Versammlung auf Driesenhof: „Ich glaube es nicht, daß die Fabrikanten die Frage als eine Machtklage betrachten, betrachten sie dieselbe aber doch als solche, dann werden wir ganz anders aufspielen.“ Durch solche Phrasen sind die Krefelder Unternehmer jedoch nicht einzuschüchtern!

Die Absperrung begann. Die Position wurde für die Arbeiter von Tag zu Tag ungünstiger, und doch wollten sie dieses nicht einsehen. Die Organisationsvertreter, welche zusammengetreten waren, um gemeinsam die Lage zu beraten, faßten (mit Ausnahme der Anarcho-Sozialisten) folgenden Beschluß: „In einer Beratung der Streitenden und Angehörten soll den Kollegen und Kolleginnen mitgeteilt werden, daß die Organisationen den Streik zu beendigen beabsichtigen, weil an einem Siege der Arbeiter wegen der ungünstigen Geschäftslage und anderer wichtiger, auf die Bewegung für die Arbeitgeber günstig einwirkender Umstände nicht zu denken und darum eine Weiterführung des Kampfes unvermeidlich sein würde.“

Es fanden sich organisierte Arbeiter, die den Verbandsleitungen das Recht absperrten, daß sie (die Verbandsleitungen) über Abbruch eines Streiks beschließen könnten. Dafür seien allein die streikenden Arbeiter kompetent. Es wird für richtig denkende Kollegen nicht notwendig sein, solche „gewerkschaftliche Grundzüge“ zu widerlegen. Die Versammlung für die streikenden und ausgesperrten Arbeiter kam. Der Vorsitzende des deutschen Verbandes, Hübisch-Berlin, nahm zuerst das Wort. Als er die Erklärung abgab, daß der Streik abgebrochen werden sollte, und der Vertreter unseres Verbandes, sowie der des Hirsch-Dunderscher Gewerkschaftsvereins, sich dem anschloßen, gab es kein Halten mehr. Die Arbeiter schrien und züchteten immerzu. Es war ein trauriges Schauspiel. Beschlüsse wurden keine gefaßt; wohl wurde kundgetan, daß nachmittags die vier Betriebe unter sich über die Frage, ob weiter gestreikt werden solle, abstimmen sollten. Dies geschah. Mittags beschloßen die vier Betriebsbelegschaften, weiter zu streiken, obgleich seitens der Verbände jede Unterstützung abgelehnt wurde. (Von unsern Mitgliedern waren auf der Versammlung nur einige wenige anwesend.)

Trotzdem die Gewerkschaften den Streik für beendet betrachteten, hielten die Fabrikanten die Fabriken geschlossen, ja drohten mit weiteren Verשטרungen. Da solches nicht vorauszusehen war, beschloß unser Verband, mit den anderen Organisationen eine neue Sitzung abzuhalten, um, bei veränderten Situation Rechnung tragend, gemeinsam die Unterstützungsfraße zu regeln. Als es uns nicht möglich wurde, diese gemeinsame Sitzung zu bekommen — die Führer der Freien ließen die örtlichen Leiter „im Dreck sitzen“, der Hirsch-Dunderscher Verband hatte schon entgegen dem gemeinsam gefaßten Beschluß, bestimmt, Unterstützung auszubehalten, — beschloß auch unser Verband, die Mitglieder, die den Leistungen des Zentralverbandes folgen würden, zu unterstützen. Dieser Beschluß wurde nicht bedingt durch parteipolitische Rücksichten, wie die „Soziale Praxis“ schrieb, sondern durch den Gewaltakt der Unternehmer. Wir wollten und durften doch unsern ungeschuldeten Mitgliedern nicht die statutarischen Rechte vorenthalten. Kaum war unser Beschluß gefaßt, kamen zwei Gau-Verbandsmitglieder des „freien“ Verbandes, um sich zu erkundigen, ob es wahr sei, daß unser Verband auszähle. Als dieses bejaht wurde, erklärte einer: „So, jetzt können wir einen Druck ausüben!“ Was also dem sozialdemokratischen Redakteur Wolters, dem Gauleiter Reimes, sowie den nach Berlin entzogenen Parteileitern nicht gelungen war, nämlich bei dem Zentralvorstand zu bewirken, daß er der veränderten Situation Rechnung trage; der Beschluß des Zentralverbandes unseres Verbandes brachte es fertig, daß innerhalb zwei Stunden die Nachricht entlieh, die „frei“ organisierten Mitglieder bekämen auch Unterstützung.

Während diese Dinge sich abspielten, hatte der Oberbürgermeister von Krefeld die Ausschüßmitgliedern zu sich kommen lassen. Die Ausschüßmitglieder sollen nach Angabe des Oberbürgermeisters erklärt haben: „Wir sehen wohl ein, daß kein Erfolg für die Arbeiter beim Weiterstreiken herauskommt, aber die Arbeiter wollen die Arbeit nicht aufnehmen, wir wollen wohl.“ Das jagten die sämtlichen Ausschüße, die sich auf den Versammlung und auch anderswo rabiat gebärdeten und gegen ihre Führer Sturm ließen. Daraufhin wurden die Vertreter unseres Verbandes und des „freien“ Verbandes zum Oberbürgermeister gerufen. Un-eingeladen hatten sich auch die Vertreter des Hirsch-Dunderscher Verbandes eingefunden. Sie wurden, trotzdem sie nach Meinung des Oberbürgermeisters kaum in Betracht kamen, zugezogen. Nun entspann sich ein Austausch über die Situation. Am Schlusse der Unterredung würdigte der Oberbürgermeister Vorschläge, wie der Streik resp. die Absperrung beendet werden könne. Unser Bezirksvorsitzender machte daraufhin folgende Vorschläge:

1. Die Fabrikanten bewilligen den Arbeitern fünf Prozent Lohnerhöhung. Wegen der Vergütung für Kunststoffe verständigt sich jeder Fabrikant mit seinen Arbeitern separat. Sollten die Fabrikanten auf diesen Vorschlag nicht eingehen, dann soll der Oberbürgermeister folgenden Vorschlag unterbreiten:
2. Die Fabrikanten gewähren den Arbeitern bei einsetzender günstiger Konjunktur eine Lohn-erhöhung.

Arbeitslosenversicherung.

Nur Hingekommen soll in nachfolgenden Zeilen das Problem der Arbeitslosenversicherung in unserm Verbande — das auch zweifellos eine der wichtigsten Fragen des Unterstützungswesens der Berufsorganisationen überhaupt ist — behandelt werden. Von Zeit zu Zeit, besonders gelegentlich einer wirtschaftlichen Krise, tauchen Vorschläge und Anregungen auf, eine Kräfte- oder auch Arbeitslosenversicherung auf staatlicher Grundlage einzuführen. Ueber Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit einer solchen Versicherung ist man sich größtenteils einig; nur bei der Frage: wie und auf welcher Grundlage ist sie durchzuführen, gehen die Meinungen auseinander. Die Verantwortung dieser Frage ist auch nicht so ganz einfach. Man muß immerhin bei der Entscheidung der öffentlich-staatlichen oder kommunalen Arbeitslosenversicherung zu gewissen Zeiten mit großen Massen von Arbeitlosen rechnen. In solchen Fällen wäre es für den Staat jedenfalls, wenigstens in den ersten Jahren des Bestehens einer solchen

Versicherung, schwer, allen rechtlich erworbenen Anforderungen zu genügen. Bei der kommunalen Arbeitslosenversicherung, nicht-fürsorge — wie ich in diesem Falle von der Ausführung von Notstandsarbeiten ab — wird wohl, besonders in Großstädten, dasselbe eintreten können. In beiden Fällen spricht eben die große Masse der in Betracht kommenden Personen mit. Würde auch die Aufbringung der Mittel füglich vom Staate, der Kommune, den Arbeitgebern und Arbeitern geschehen, wodurch zweifellos ein beträchtliches Risikofaktoral aufgebracht würde, so tritt doch immer wieder die Frage der Möglichkeit der allgemeinen und den Massen genügenden Durchführbarkeit in den Vordergrund. Vom sozialpolitischen Gesichtspunkte aus müssen wir uns aber fragen: Eine Reihe sehr wichtiger sozialpolitischer Maßnahmen harren noch ihrer Verwirklichung. Hier hat die Gesetzgebung zunächst den Wünschen der Arbeiterenschaft Rechnung zu tragen. Erst diese Aufgaben gelöst, dann kann auch zu weiteren Fragen geschritten werden.

Somit können wir zusammenfassen: Seitens des Staates würde die gute Absicht zunächst noch auf zu große Schwierigkeiten stoßen. Die Frage des partiellen Arbeitsnachweises müßte einheitlicher und in weitem Umfang zunächst geregelt werden. Staat und Kommune sind denn auch auf ein Zusammenwirken angewiesen. Und wäre die Durchführung wirklich möglich, so bleibt die Frage offen, ob die Maßnahmen auch allen Anforderungen genügen.

Bei der kommunalen Arbeitslosenversicherung wird unstreitig mit dieser die Forderung der Leistung von Notstandsarbeiten, Abgabehaltung von ledigen Arbeitskräften etc. Hand in Hand gehen. Dies kann zu Härten und Mißgriffen führen und wird schwerlich die Sympathie der Arbeitererschaft finden.

Demgegenüber ist vorerhand die Frage angesichts der wirtschaftlichen Zustände nur möglich zu lösen in engerer, durch ihre gemeinsamen wirtschaftlichen und beruflichen Interessen zusammengehörigen Körperschaften: durch die Berufsverbände. Sie sind berufen, Staat und Kommune gegenüber habtreue vorzugehen.

Ist die christliche Gewerkschaftsbewegung eine Kulturbewegung, die ihren Mitgliedern Anreiz an der geistigen und materiellen Kultur verschaffen will, so muß das letztere ganz besonders dann der Fall sein, wenn das Schreckgespenst der unverschuldeten Arbeitslosigkeit aufsteht: dann ist eine materielle Unterstützung doppelt notwendig und zweckdienlich. Für die Gewerkschaften ist die Einführung der Arbeitslosenversicherung, wie aus dem oben Gesagten zur Genüge hervorgeht, bedeutend leichter wie für andere öffentliche Faktoren. Es ist nun die Frage zu lösen: Wer ist arbeitslos? In Betracht kann selbstredend nur unverschuldete Arbeitslosigkeit gezogen werden. Zunächst die, welche unverschuldet ihre Arbeit verlieren. Auch könnten die Fälle in Betracht kommen, wo die Brancheangehörigen infolge von Streiks zur Abwehr von Verschlechterungen im Arbeitsvertrage, ausgesperrt werden. Hierfür zahlen die Gewerkschaften jedoch Streikunterstützung. Endlich kann Krankheit in Frage kommen. Die Frage, was mit den Kollegen, die durch Alter oder Gebrechen schwerlich eine andere Arbeitsstelle finden können, geschehen soll, ist wohl auch zu lösen. Jedoch bedarf es zunächst mal eines Anfanges zur Durchführung dieser Arbeitslosenversicherung in unserm Verbande.

Die Durchführbarkeit wäre nun nicht so schwer, wäre die finanzielle Grundlage hierfür nicht in erster Linie ausfallig. Von dem heutigen status quo müßte unbedingt abgewichen werden, d. h. soll etwas derartiges seitens des Verbandes eingeführt werden, so muß auch seitens der Mitglieder finanziell „nach aufwärts“ gestrebt werden. Auch ist zu berücksichtigen, daß unser Verband infolge der übrigen Unterstützungseinrichtungen nur die Zeit der unverschuldeten Arbeitslosigkeit zu vergüten braucht. Haben wir nun eine Krankenunterstützung, die doch gleichsam eine Unterstützung für Arbeitslosigkeit durch Krankheit bildet, so liegt die Frage sehr nahe, ob es nicht besser wäre, die Arbeitslosenversicherung in Verbindung mit der Krankenunterstützung als Erwerbslosenunterstützung einzuführen. Selbstredend wäre diese Maßnahme ebenso gut und würde dabei den notwendigen Verwaltungsapparat bedeutend vereinfachen.

Bei Diskussion der ganzen Frage könnte man einwenden, daß wir uns immer mehr auf das Gebiet des Unterstützungswesens verlieren, dabei leicht die rein gewerkschaftlichen Fragen und auch den gewerkschaftlichen Idealismus aus dem Auge verlieren. Das eine braucht das andere nicht zu verdrängen, und die Erfahrungen in anderen Organisationen beweisen zur Genüge, daß man beides zusammen verbinden kann zum Nutzen der Arbeiterschaft.

Bei diesen Darlegungen und wohlgemeintem Vorschläge drängt sich nun die Frage auf, ob die Mitwirkung von Staat oder Gemeinde bei der guten Abicht der Gewerkschaften nicht möglich sei durch Gewährung eines Zuschusses für diese vorteilhafte Unterstützungseinrichtung. Freuen wir nicht, so ist dies in Belgien auch schon geschehen. Jedenfalls aber müssen die Gewerkschaften, solange von Staatswegen nichts geschieht, in diesen Fragen die Initiative ergreifen.

Etwas vom Scheck.

Ein Antrag zur Milderung der Geldtheuerung.

Das Geld noch immer teuer“, so hört man mit Recht sagen und will damit andeuten, daß hohe Zinsen die Beschaffung von Geld gezahlt werden müssen. In diesem Herbst und Winter sind wir so gut wie so hohe Geldtheuerung gekommen, wie er vor dem Bestehen des Deutschen Reiches und unter Reichsbank noch nicht in Geltung gewesen war. Mancherlei Mittel werden jetzt genannt, deren Anwendung uns in Zukunft vor allzu empfindlicher Geldtheuerung bewahren soll. So wurde vor kurzem in der Tagespresse darauf hingewiesen, daß die vermehrte Benutzung von kleinen Banknoten als Zahlungsmittel sehr geeignet wäre, dem herrschenden Goldmangel und der damit in Verbindung stehenden Geldtheuerung abzuheilen. Ein nicht minder wichtiges Abhilfsmittel nach dieser Richtung hin ist die Verwendung und der Ausbau des Scheckverkehrs. Wie nämlich bereits in der Presse mitgeteilt wurde, hat die Regierung im Juli 1907 den Entwurf eines Scheckgesetzes an die Öffentlichkeit gebracht und dann allerlei Wünsche von Körperschaften und in der Fachpresse auf Veränderung einzelner Bestimmungen gehört. Am 11. Jan. d. Js. ging dann dem Reichstag ein neuer Entwurf zu, in welchem diese Vorschläge berücksichtigt worden sind. Man darf nur wünschen, daß das Gesetz nunmehr bald unter Dach und Fach kommt; denn sein Inkrafttreten wird vor allem gewisse Rechtsunsicherheiten beseitigen, welche bisher bezüglich der Verpflichtungen aus Schecks vorhanden war.

Was ist denn nun eigentlich der Scheck? Man versteht darunter im allgemeinen eine „bei Sicht“, das heißt bei ihrer Vorgeigung zahlbare Anweisung auf eine bestimmte Summe Geld, sofern dieses Geld abhebbar ist, bei einer im Scheck angegebenen Bank, welcher der Aussteller vorher ein genügendes Guthaben übergeben hat. Für gewöhnlich gestaltet sich der Scheckverkehr aber so, daß der Aussteller der Schecks seine Kassenhaltung der Bank in der Hauptsache überträgt; das bare Geld verwahrt er also nicht selbst, sondern übergibt es der Bank, um auf solche Weise einen Zinsgenuß zu erlangen. Der Mühe der Aufbewahrung des Geldes ist er dann entbunden. Seine Zahlungen leistet er nicht in bar, sondern er stellt — auch zur Verwendung nach auswärts — Schecks aus, welche die Bank für ihn einzulösen hat. Solche Schecks sind also eine Art Zahlungsmittel für Geld und darin bis zu einem gewissen Grade einer Banknote ähnlich. Von dieser unterscheiden sie sich aber vor allem dadurch, daß gewöhnlich jedem Mann Banknoten als Zahlung annimmt und Staatskassen sie einfach nehmen müssen, wogegen die Annahme von Schecks Vertrauenssache gegenüber dem Aussteller desselben ist; dieses Vertrauen wird jedoch durch das geplante Gesetz Befestigung erhalten. Schecks sollen aber auch in keinem Falle länger unlaufen, sondern immer nur für die eine bestimmte Angelegenheit als Zahlungsmittel dienen; deshalb wird im Scheckentwurf vorgesehen, daß der Scheck innerhalb 10 Tagen nach der Ausstellung dem Bezogenen (der Bank) zur Zahlung vorzulegen ist.

Im Gegensatz zu einem bei Vorgeigung zahlbaren Wechsel (Sichtwechsel) soll der Scheck ein im voraus anerkanntes Recht auf Erhebung des Geldes verbürgen. Er bedarf also nicht erst der Zustimmung seitens der in ihm genannten Zahlstelle (Bank oder Bankier), daß auch wirklich bei Vorgeigung Zahlung geleistet wird; er macht also auch nicht Akzept des Bezogenen erforderlich, wie dies beim Wechsel zur Sicherheit eingeholt wird. Vielmehr ist es ganz selbstverständlich, daß die im Scheckformular genannte Bank Zahlung leistet, solange der Aussteller nicht für mehr Geld Schecks ausstellt, als er bei der Bank gut hat — also solange er sein Guthaben nicht „überzieht“, wie es im Bankverkehr heißt. Das Vorhandensein genügenden Guthabens ist also eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Sicherheit des Verkehrs. Das geplante Gesetz sieht aber den Vorbehalt von Strafbestimmungen für den Fall zu treffen, daß der Aussteller mehr Schecks ausstellt, als er nach seinem Guthaben kann. Solche Strafbestimmungen würden auch ein Hemmnis sein für die größere Einbürgerung des Schecks; das Vorgehen des Ausstellers kann ja auf Arcum beruhen und braucht gar nicht durch böswillige, betrügerische Absicht veranlaßt zu sein. Selbstverständlich muß aber der Aussteller für die Einhaltung haften, ebenso derjenige, welcher den Scheck etwa an einen Dritten weitergegeben hat. Dies ist denn auch in dem Entwurf für das neue Gesetz ebenfalls vorgesehen.

Wertwärdig ist, daß sich in Deutschland, bei der großen Ausdehnung von Handel und Gewerbe, der Scheck bisher noch nicht mehr eingebürgert hat. Ganz anders verhält es sich damit z. B. in England. Dasselbst wird sogar die Wochenrechnung der Bäcker und Metzger durch die Hausfrauen mittels Schecks beglichen. Inwieweit ist denn auch der englische Scheckverkehr dem deutschen bei weitem überlegen. Denn der Empfänger der Schecks, also etwa der Metzger, gibt die an seine Bank weiter, damit sie ihm die einzelnen Beträge gutschreibe und er dann seinerseits wieder über die Guthaben mittels der Schecks verfügen kann. Die Bank aber berechnet die von jenem Metzger erhaltenen Schecks mit anderen Banken, welche wirklich hätten zahlen sollen, in sogenannten „Verrechnungshäusern“ (im Clearinghouse); dorthin strömen ja auch die Schecks zusammen, welche jede Bank zu Lasten ihrer Kunden einlösen muß. Solche Abrechnungsstellen, hauptsächlich für Wechsel, hat übrigens die Deutsche Reichsbank ebenfalls seit

viele Jahre eingerichtet. Aus dieser Art des Verkehrs, welche die unmittelbare Einlösung der Waren durch Zahlung fast ganz ausschließt, ergibt sich aber ein weit geringerer Bedarf an genutzten Geld, als es noch in Deutschland besteht. Heute vollziehen sich in London etwa 97% aller Zahlungen im Scheck- und Zahlungsausgleichverkehr.

Infolgedessen kann sich bald entsprechend mehr bei der Landeshauptbank sammeln, und dies ermöglicht die Festsetzung niedriger Zinssätze, als es andernfalls möglich wäre. Für das allgemeine Wirtschaftsleben hat also der Scheck große Bedeutung. Dasselbe ist aber auch mit Bezug auf den Geldverkehr des einzelnen, z. B. des kleineren Geschäftsmannes, des Beamten und Angestellten, zu sagen. Man denke einmal an die Nichtzahlung der in fester Besoldung stehenden Staatsbeamten, Werts- und Bankleiter, Handlungs- und Gewerbegehilfen. Sie alle empfangen ihren Gehalt vierteljährlich oder monatlich in Banknoten oder Gold. Da also das Zahlungsmittel dem allgemeinen Verkehr auch lange entzogen und erst ganz allmählich wieder dem Geldumlauf des Landes zugeführt. Ganz anders gestaltet sich jedoch der Gang der Dinge, wenn die Angehörigen der erwähnten Stände daran gewöhnt sind, ihr Geld bei einer Bank regelmäßig auf Scheckrechnung einzulassen. Bietet sich diese vernünftige Gewohnheit mehr ein, so könnte überhaupt den Beamten usw. von vornherein statt der Zahlung in Bargeld ein Scheck gegeben werden, dessen Betrag sie sich unterzüglich auf ihre eigene Scheckrechnung übertragen (gutbringen) lassen. Der betreffende Angestellte braucht dann am Ende des Monats auf dem Wege nach Hause nicht zu überlegen, ob er auch sein Monatsgeld genügend klein bei sich hat, um die Miete, die anderen Monatsrechnungen usw. ohne Schwierigkeiten begleichen zu können. Schecks lassen sich ja über jeden Betrag aus schreiben, und die erforderlichen Formulare dazu erhält man von seiner Bank in einem hübschen Buch kostenlos. Diese Formulare muß man nur sorgfältig ausbilden, damit nicht etwa durch Fälschung der Unterschrift Mißbrauch getrieben wird. Das Geld liegt aber dann nicht mehr zinslos daheim.

Der Geschäftsmann vermag natürlich neben seinen privaten auch die geschäftlichen Zahlungen durch Scheck zu bewirken. Ihm ist es sehr bequem, daß er mit wenigen Federstrichen jeden Betrag bilden kann und nicht erst den Inhalt von Geldschein und Tageskasse durcheinanderrechnen muß, um allenfalls zurückzukommen. Schecks kann er sogar ausstellen, wenn er mit großem Bankkredit arbeitet, also seiner Bank schuldig ist. Denn neben seiner Scheckrechnung vermag er ein Scheckkonto zu führen, auf welchem, anstelle der Einzahlungen, von Zeit zu Zeit Überträge zu Lasten der Schuld-(Kredit)-Rechnungen gemacht werden können, um so stets das für den Scheckverkehr erforderliche Guthaben zu unterhalten. Dieses Verfahren ist denn auch schon längst bei der deutschen Geschäftswelt in Anwendung, noch bevor wir ein Scheckgesetz besaßen. Der Entwurf zu diesem Gesetz aber sieht jetzt ausdrücklich vor, daß alle Guthaben nicht nur eingezahltes Geld, sondern überhaupt derjenige Betrag anzusehen ist, bis zu welchem die besagte Bank — nach der zwischen ihr und dem Aussteller bestehenden Abmachung — Schecks auszulösen verpflichtet ist.

Natürlich wird sich die Gepflogenheit, jede irgendwie etwas größere Summe durch Scheck zu begleichen, erst allmählich bei uns einbürgern. Sie dient aber, wie wir gesehen haben, der Allgemeinheit und, bei richtigem Verständnis dafür, ebenfalls dem einzelnen. Möge das hoffentlich bald in Kraft tretende Scheckgesetz zuwege bringen, daß der Scheck in Deutschland dasselbe Vertrauen genießt, wie es beim Wechsel längst der Fall ist!

Aus dem Verbandsgebiete.

Lohnbewegungen und Arbeitsverhältnisse.

Eine verfehlte Autorität. Vor längerer Zeit konnten wir in einem Situationsbericht aus Norderland, daß es uns möglich war, bei der Firma J. Wehmann Nachf. eine Lohnbewegung glücklich zu beenden. Während der Firmenübernahme ein gutes Entgegenkommen zeigte, scheiterte dem Obermeister die Bewegung nicht gefallen zu haben. Diejenigen Kollegen, die sich der Sache insbesondere angenommen hatten, wurden einer besonders scharfen Kontrolle unterzogen. Schon im Sommer glaubte der Obermeister den Arbeitern sagen zu müssen: "Es wird auch noch wieder anders." In seiner Antwort will der Meister verlesen worden sein. Unterer Meinung nach mag der Meister seine Autorität dort am wenigsten geltend, wo es am notwendigen wäre. Als einige Arbeiter sich zu lange auf dem Wort aufhielten, kam der Meister hinzu und sagte: "Sie müssen hier forschen, die Arbeiter (Ausschüßmitglieder) wollen dieses nicht mehr haben." Könnte der Meister hier nicht anders auftreten? Oder war es ihm darum zu tun, die Arbeiter gegenüber auszuspielen? Den Ausschüßmitgliedern gegenüber ist der Meister ein anderer Mann. Da heißt es gleich: "Wenn ich nichts mehr zu sagen habe, dann lege ich meine Stellung nieder." Dabei will der Ausschüß nichts weiter, was das gute Recht der Arbeiter. Wo nun der Meister so langsam auf die Behauptung seiner Rechte bedacht ist, haben die Arbeiter, die sich nicht alles gefallen lassen wollen, einen überaus höheren Stand. Lassen sie sich durch die hübsche Redeweise des Meisters verleiten, in derselben Monat zu antworten, dann können sie der Kündigung ziemlich sicher sein. So wurde vor einiger Zeit noch einem Arbeiter gegenüber etwas scharf verteidigt hatte. Wie es der Meister versteht, möchte die Ausschüßmitglieder aus dem Betriebe zu entfernen, damit folgendes Beispiel: Im November bejournierten sich die Ausschüßmitglieder im Namen der Arbeiter über schlechten Copie. Der Fabrikant nahm die Angelegenheit an und forderte die Ausschüßmitglieder auf, schlechte Copie, auch solche von anderen Werken, aufzufordern zu bringen. Dieses geschah und die Sache schien erledigt. Am Montag reich Wochen später der Meister und der gesammelte Ausschüß bei einem Ausschüßmitglieder und forderte es auf, die selben zu verwerfen. Als sich das Ausschüßmitglied weigerte, alle diese schlechten Copie zu verwerfen, aus die von anderen Arbeitern, da wurde er vom Meister in der großschändlichen Form angegriffen und ihm kurz darauf gekündigt. Dabei kammer es den Ausschüßmitgliedern, daß in der Arbeitsordnung vorgezeichnete Kündigungsgang inne gehalten wird oder nicht. Wir müssen die ver-

stärken Erinnerung des Gewerbegerichts müsse ihn doch zur Weiche genant haben. Glücklicher Weise ist es dem betreffenden Kollegen gelungen, sofort andere Vorgehen des Meisters nicht mitten im Winter brüchig geworden. Wenn sich der Meister ein solches Vorgehen erlauben darf, dann liegt die Verantwortung nicht in den Händen der Arbeiter, sondern des Meisters in dieser Weise schelten läßt.

Aus unsern Bezirken.

Eine Aktion für Erhöhung der ortständigen Tagelöhne in Württemberg. Die Leitungen der christlichen Arbeiterorganisationen in Württemberg (Gewerkschaften und Arbeitervereine) beabsichtigen im Laufe der nächsten Wochen in allen Bezirken öffentliche Versammlungen abzuhalten, um zur Frage der Aufhebung der ortständigen Tagelöhne Stellung zu nehmen. Es ist notwendig, daß alle christlichen organisierten Arbeiter hier kräftig mitarbeiten. Nun haben tatsächlich schon einzelne Ortsämter die ortständigen Tagelöhne neu festgesetzt, ohne mit den Arbeiterorganisationen zuvor Abklärung genommen zu haben. Es sei auch an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß der Staatsminister v. Pfeiffer in der Finanzkommission der Abgeordnetenkammer auf einen Bericht des Hg. Andre hin die Erklärung gab, daß die Arbeiterorganisationen bei der Neuregelung dieser Frage gehört werden sollen. Um so notwendiger ist es heute, daß sich die Arbeiterzeitung regt, und diese wichtige Angelegenheit nicht ohne sie in rein bureaukratischer Weise erledigt wird. Es müssen darum in jedem einzelnen Oberamtsbezirk Versammlungen stattfinden. Die Hauptsache ist, daß dorten, wo Versammlungen stattfinden, die Arbeiterzeitung in Massen erscheint und auch durch den Versammlungsbesuch zeigt, daß sie Interesse für diese wichtige Angelegenheit an den Tag legt. Wie übel mancher Unfallverleihte heute daran ist, möge nur an einem Beispiele gezeigt werden. Da ist ein Arbeiter, welcher nur zur Ausschilfe bei seinem Nachbar, einem Bauer, arbeitete. Der Arbeiter verunglückte schon in den ersten Arbeitsstunden und verlor durch den Unfall die rechte Hand. Der Verleihte hatte als gewerblicher Arbeiter ein Jahresentlohn von 1200 Mk.; da er aber einen landwirtschaftlichen Betriebsunfall erlitten hat, werden der ortständigen Jahresarbeitsverdienst bei der Rentenberechnung zu Grunde gelegt. Dieser aber beträgt vielleicht nur 480, wenn es gut geht, 560 bis 650 Mk. Der Mann bekommt jährlich wahrscheinlich eine Rente von 70-75% der Volkrente aus dem ortständigen Arbeitsverdienst. Beträgt derjenige 600 Mk., so geht hieraus zunächst noch 1/3 ab, da ja nur 1/3 der Unfallkosten dem Verletzten entschädigt werden. Somit ergibt sich folgende Rechnung: anrechnungsfähiger Jahresarbeitsverdienst 600 Mk.; die Volkrente beträgt 400 Mk., 75% von 400 Mk. sind 300 Mk. Jahresrente oder 25 Mk. monatlich. Hätte der Mann einen gewerblichen Unfall erlitten, so betrage er 75% Rente aus 1200 resp. 800 Mk. Verdienst = 600 Mk. oder 50 Mk. Rente monatlich. Solche Beispiele liegen sich hunderte anführen. Die zu niedrige Festsetzung der ortständigen Tagelöhne ist also eine sehr empfindliche Schädigung der unteren Volksklassen in Krankheits- und Unglücksfällen, sowie der zu Frieberübungen einberufenen Mannschaften, da die Festsetzung der Ortständigen Tagelöhne in vielen Fällen nach ortständigen Tagelohn erfolgt. In Baden und im Elsaß haben die christlichen Arbeiterorganisationen im letzten Jahre erreicht, daß die ortständigen Tagelöhne fast durchweg um 50 Pfg. bis 1 Mk. pro Tag erhöht wurden. In Württemberg haben wir in 64 Oberämtern 107 verschiedene Bestimmungen der ortständigen Tagelöhne. Hier mehr Einheit in die Sache zu bringen, ist gleichfalls unsere Aufgabe. Arbeiter, darum wird jeder einzelne kräftig mit!

Ergebnisse der Hausagitation.

Sachsenfeld:	28 Kollegen	4 Kolleginnen.
Mühlhausen i. G.:	125	67
Neckard. D.-G.:	1	10
Wegberg:	11	12

Berichte aus den Ortsgruppen.

Haus. Unsere Generalversammlung hätte wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung besser besucht sein können. Als erster Punkt wurde die Abrechnung vom letzten Quartal 1907 genehmigt und unterer Kassieren, Kollegen Gyllhaus, für seine korrekte Geschäftsführung der Dank der Versammlung ausgesprochen. Zum zweiten Punkt, Vorstandswahl, wurden die amtierenden Mitglieder einstimmig wiedergewählt. Zu Revisoren wurden die Kollegen Käutig und Singer gewählt. Danach wurde der Geschäftsbericht bekannt gegeben, woraus hervorging, daß die Mitgliederzahl von 70 zu Anfang des Jahres bis Schlusse auf 180 Mitglieder gestiegen ist. Dann hielt uns unter Vorsitz der Kassierer, Kollege Lenjan, einen Vortrag über die Kreislager Ansperrung und deren Verhütung. (Generalversammlung.) Zum ersten Punkt der Tagesordnung ergriffte Kollege Gröndler den Rednerstuhl und wurde von den Anwesenden einstimmig wiedergewählt. Als Revisoren wurden die Kollegen Wadmann und Wehmann wieder- und Kollege Wehmann neugewählt; als Delegierter zum nächsten Ortstreffen wurde Kollege Karl wiedergewählt. Zum dritten Punkt der Tagesordnung ergriff Kollege Gröndler das Wort über die Einwirkung der Industrie und die Lage des Arbeiters ein und hielt am Schlusse seiner Ausführungen den Antrag, daß die Einwirkung und den Verkauf der Arbeiter Ansperrung, worauf die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen wurde.

Vorgeschlag. Da der sehr gut besuchte ortständigen Generalversammlung legte der Kassierer, Kollege Thier, sowohl die Quartals- als auch die Jahresabrechnung vor, und Kollege Wehmann die halbjährige Abrechnung der Einzelkassen. Beiden Kassieren wurde auf Veranlassung der Revisoren Entlassung erteilt. Der Geschäftsbericht ergriffte der Schriftführer, Kollege Karl, unter anderem riefte derselbe den nächsten Versammlungsgang seitens der weiblichen Mitglieder, sowie die korrekte Agitation unter den Arbeitern. Kollege Wadmann von den christlichen Verbandswählern hat in energischer Weise den hier laut die Verbandswahlbewegung aufzuwecken versucht. Das der man ge-

tätigen Vorstandswahl gingen als wiedergewählt Kollege Thier und die Kollegin Maria Doermer, als neugewählt die Kollegen Bern. Krotterdam, Heinrich Strügers und Bern. Lebing hervor. Mit einem mächtigen Schlußwort wurde unsere Generalversammlung geschlossen.

Vorstand. Zahlreich hatten sich der Kassierer und Andree zu einer Versammlung am 19. Jan. eingefunden. Kollege Schmid hielt einen Vortrag über die Notwendigkeit und Möglichkeit der Organisation für die anwesenden Arbeiter. Redner zerplüßte die Einwendungen, daß der Verband nur für die Arbeiter vorhanden sei; er wies darauf hin, daß auch die Kassierer und Andree manche Erfolge erringen könnten, wenn sie dem Zentralverband christlicher Textilarbeiter sich anschließen. Die Diskussion war sehr lebhaft. Ein Redner brachte die Ansicht vor, der Verband tue ja doch nichts für sie, darum sei es besser, einen besonderen Verein zu gründen. Als man von unserer Seite den betreffenden Redner (er soll sogar Meister sein) eines anderen belehren wollte, zog er und mit ihm noch einige andere es vor, das Lokal zu verlassen. Es wurde in der weiteren Debatte die Ansicht des Kollegen gründlich zerplüßigt. Alle waren der Ansicht, daß die neue Vereinigung der Kassierer ein Verein sei, der über unsern Verband nur schimpfe und an Erfolge für seine Mitglieder nichts erreichen werde. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, für die Kassierer und Andree öfters gesonderte Versammlungen abzuhalten. Auch die Kassierer und Andree haben den Anschluß an eine starke Gewerkschaft notwendig, wenn sie ihre Verhältnisse besser gestalten wollen. Eine Absonderung kann nur zum Schaden der betr. Arbeiter sein. Eine Maßnahme wird nur begünstigt durch den Anschluß an die kämpfenden gewerkschaftlich organisierten Kollegen.

Brack-Wilke. Unsere am 19. Jan. tagende Generalversammlung war sehr gut besucht. Nach Befragung der Tagesordnung gab der Kassierer, Kollege Helfmann, den Kassierenbericht. Sodann nahm Kollege Helfmann das Wort zum Jahresbericht, woraus hervorging, daß die Mitgliederzahl im Laufe des dritten Quartals gestiegen ist, nämlich von 66 auf 47, im Laufe des vierten Quartals jedoch wieder gewachsen ist bis zu 59 Mitgliedern. Der Berichtsersteller gab bekannt, daß die Mitgliederzahl zur Zeit die Zahl 70 erreicht habe. Der folgende Punkt betraf die Festsetzung der Beiträge für 1908. Es wurde beschlossen, die alten Sätze beizubehalten, nämlich 40, 30, 25 und 15 Pfg. Weiter erfolgte die Neuwahl des Vorstandes. Dieser Punkt wurde schnell erledigt; es wurden fast sämtliche Kollegen durch Juro wieder gewählt. Kollege Schlüter erstattete den Kassierenbericht. Der Schriftführer wurde beauftragt, zwei Gezeibücher für die Bibliothek zu beschaffen. Unter Berichtedenes teilte uns Kollege Wadmann-Überdies noch vieles mit über die dortigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Goesfeld. Unsere Mitgliederversammlung vom 27. Jan. war gut besucht. Nach Beratung des Protokolls erstattete der Kassierer den Quartalsbericht. Der Kassierer Stoppel erklärte alles in bester Ordnung gewesen zu haben. Darauf gab der Kassierer einen Jahresbericht. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des vorigen Jahres 343 männliche, 117 weibliche, 1 Vorstand, 6 Ehefrauen, zusammen 467. Mitgliederbestand am Schlusse dieses Jahres 334 männliche, 171 weibliche, zusammen 505. Es bezahlten 40 Pfg.—118, 30 Pfg.—268, 25 Pfg.—103, 5 Pfg.—16 Mitglieder. Frankengeld ist anbezahlt worden 888,25 Mk. Die Einnahme der Ortsgruppenkasse betrug 1546,81 Mk. Ausgabe 723,12 Mk. Mitteln Bestand 823,69 Mk. 300 Mk. sind zinslos angelegt. Kollege Wadmann führte an, daß 8 Mitglieder versammelt wurden, 5 Vertrauensmännerversammlungen und wegen Erkrankung seiner Person nur 5 ordentliche Vorstandssitzungen abgehalten seien. Lohnbewegungen sind 3 geführt; eine mit gutem Erfolge, eine mit teilweisem, die andere mußte abgebrochen werden. Anstände sind nicht vorgekommen. Bericht über die Tätigkeit des Ortsartells erstattete Kollege Dr. Stoppel. Unter Berichtedenes wurde besonders über die bevorstehende Kaisergeburtstagsfeier gesprochen. Darauf wurde die schöne Versammlung geschlossen.

Haus. In unserer Generalversammlung am 19. Jan. stellte fast die Hälfte der Mitglieder. Zu erst nach der Revision der Mitgliederbücher hat den Kassierer, Kollegen Wehmann, wurde nach Erhaltung des Kassierenberichts Entlassung erteilt. Der Schriftführer gab den Tätigkeitsbericht vom vergangenen Jahre. Die Ortsgruppe ist Ende März 1907 mit 15 Mitgliedern gegründet worden; am Jahreschlusse betrug die Mitgliederzahl 90. Die darauf vorgenommene Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: Kollege Ang. Müller, Vorsitzender, Reinhold Knefel, dessen Stellvertreter, Otto Hagenleber, Schriftführer. Zu Kassieren wurden die Kollegen Ang. Thier und Al. Vogel gewählt. Kollege Hamacher gab einen Überblick über den Stand der christlichen Gewerkschaften. Nachdem noch zwei Delegierte zur Bezirkskonferenz gewählt worden waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Haus. Unsere Generalversammlung tagte am 5. Jan. Dieselbe war mäßig besucht. Auf der Tagesordnung stand 1) Verlesen des Protokolls, 2) Wahl von zwei Vorstandsmittgliedern, zwei Vertrauensmännern, einem Kassierer und zwei Delegierten zum Ortsartell, 3) Berichtedenes. Aus der Wahl als Vorstandsmittglieder gingen hervor die Kollegen Th. Weverisse (zweiter Vorsitzender) und Kolbe als Kassierer. Ferner als Vertrauensmann der Kollege Eisenbruch und als Delegierter zum Ortsartell die Kollegen Th. Weverisse und J. Böling. Als Kassierer wurde der Kollege Heir. Lang gewählt. Nachdem noch der Vorsitzende darauf hingewiesen, in diesem Jahre eine wichtige Agitation zu entfalten, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Ope (Zeit). Eine gut besuchte Versammlung! In unserer größten Freude konnten wir dies von unserer Generalversammlung vom 12. Januar konstatieren. Die durch das Boos ausgechiedenen Vorstandsmittglieder wurden einstimmig wiedergewählt. Nach fastgenahmter Wahl referierte Kollege Lenjan-Vogel über den Streit der Stoffeher in Kreisfeld. Die auf der letzten Bezirkskonferenz beschlossene Einwirkung von Lohnbüchern ist auch zurzeit hier in Anbahnung begriffen. Kollege Lenjan legte dem Wort und Kassen der Bücher klar. Unter Punkt Berichtedenes gab der Schriftführer einen Überblick über das vergangene Jahr. Zuerst freute derselbe kurz die Gründung der Ortsgruppe, dann, wie die Leitung bemüht gewesen sei, den inneren Ausbau unserer Ortsgruppe zu geben. Es habe im Laufe des Jahres stattgefunden vier

Vorstandssitzungen, zwölf Vorstandssitzungen mit Vertrauensmänner-Abenden, zwei General-, fünf Mitglieder-, drei Arbeiterinnen-, fünf öffentliche, acht Fabrik- und eine Kartellversammlung, wozu außer den Parteidelegierten auch die Vorstände der betreffenden Organisationen antweten waren. Als Redner sprachen in diesen Versammlungen die Kollegen Schiffer-Düffelbof, Lenjan-Vogel, Heutmann-Düffelbof, Roters-Goesfeld, Schmidt-Vogel vom Textilarbeiter-Verband, vom Bauhandwerkerverband Kollege Zumbroch-Münster; auf den Arbeiterinnenversammlungen sprachen die Kolleginnen Groß-Grubach, Schulte-Emsdetten und Frau Kösting-Düffelbof. Die Ortsgruppe hat eine Bibliothek, welche zur Zeit 82 Bände sozialer Natur enthält, außerdem einen Fragekasten. Beide Einrichtungen werden fleißig benutzt. Auch feierte die Ortsgruppe im Oktober auf Wunsch der Mitglieder ihr erstes Stiftungsfest. Hiermit war die Tagesordnung erledigt.

Forst i. S. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß das Krankengeld bis auf weiteres ausbezahlt wird beim Kassierer, Kollegen Heie, Lothringstraße 14 (2 Treppen), jeden Sonntag Vormittag von 11-1 Uhr.

Gröndler. Unsere am 19. Jan. abgehaltene Versammlung war nur mäßig besucht. Unser Kassierer erstattete den Kassierenbericht. Nachdem die Revisoren erklärt hatten, Kasse und Bücher in Ordnung gefunden zu haben, wurde dem Kassierer Entlassung erteilt. Hierauf hielt Kollege Sparenberg ein Referat über die Hausagitation. Daran schloß sich eine sehr lebhaft Diskussion. Nachdem unter Berichtedenes noch einige interne Angelegenheiten besprochen waren, wurde die anregend verlaufene Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen.

Gröndler. Sunnbetracht der wichtigen Tagesordnung hätte unsere Versammlung besser besucht sein müssen. Kollege Höfener gab zunächst den Kassierenbericht vom vierten Quartal bekannt. Bücher und Kasse fanden die Revisoren in sauberster Ordnung. Nachdem erfolgte Neuwahl des Vorstandes. Unser bisheriger bewährter Vorsitzender, Johann Siebert, wurde einstimmig wiedergewählt, während die Kollegen Edm. Wadmann als Schriftführer und Joseph Hattemper als Kassierer neugewählt wurden. Zu Revisoren wurden Karl Cisse und Franz Schrief bestimmt. Die Vertrauensmänner wollten in opferfreudiger Weise ihr Amt weiterführen. Nachdem der Vorsitzende noch einen feinen Appell an die Mitglieder richtete, und besonders das Versammlungszwängen scharf verurteilte, erfolgte Schluß der Versammlung.

Mesum. Unsere Generalversammlung vom 22. Dez. war sehr zahlreich besucht. Nach Verlesung des Protokolls referierte Kollege Gröndler über das Thema: "Notwendigkeit und Aufgaben der konfessionellen Arbeitervereine". In der Diskussion sprachen sich mehrere Kollegen für Gründung eines Arbeitervereins aus. Es wurde alsdann eine Kommission gewählt, die in dieser Angelegenheit weitere Schritte unternommen wird. Hierauf wurden die Beiträge für das Jahr 1908 festgesetzt. Beisetzten wurde, die bisherigen Beiträge noch ein Jahr bestehen zu lassen. Bei der Vorstandswahl wurden die Kollegen Gröndler als zweiter Vorsitzender neu, Wegmann als Kassierer wieder- und Franz Siebers als Hilfskassierer neugewählt. Nachdem noch einige örtliche Angelegenheiten erledigt waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Neumünster. In der am 18. Jan. abgehaltenen öffentlichen Versammlung, welche nach besseren Besuch verdient hätte, sprach Gewerkschaftssekretär Hartmann über "die Strömungen in der deutschen Arbeiterbewegung". Ausgehend von der Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Arbeiter, widerlegte Redner den christlichen Gewerkschaften oft gemachten Vorwurf der Zerstückelung in trefflicher Weise. Das verleumbenartige Treiben einiger Größen der Christlich-Dumderischen Gewerksvereine beleuchtete Redner dann weiter mit einigen Beispielen. Er warnte besonders vor den Gelben. In der Diskussion suchte Höfker, von den Christlich-Dumderischen die Ausführungen des Referenten über die Gewerksvereine zu widerlegen und als unwahr hinzustellen. Er warf christliche Gewerkschaften, Zentrum, Fachabteilungen, alles durcheinander. Es war dem Referenten leicht, solchen Irrtum zu widerlegen. Kollege Holz, vom christlichen Metallarbeiterverbande Kiel, erklärte uns dann noch durch einige Ausführungen, indem er einige Beispiele aus eigener Erfahrung zum besten gab, wie die Kirche die Verbesserung der Lage der Arbeiter betreiben. Zum Schluß wurde ein kräftiges Hoch auf die christliche Arbeiterbewegung ausgebracht.

Süßfeld. Unsere Ortsgruppe hielt am 19. Jan. die diesjährige Generalversammlung ab, welche sehr gut besucht war. Der Vorsitzende eröffnete dieselbe und begrüßte alle, besonders den Bezirksvorsitzenden, Kollegen J. Reich-Großfeld. Alsdann erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht, welcher interessante Details enthielt. Namentlich die Mitglieder- und Kassenverhältnisse haben sich im Berichtsjahre bedeutend verbessert. So hat sich die Mitgliederzahl mehr als verdoppelt, dieselbe stieg von 151 am Schlusse 1906 auf 332 am Schlusse 1907. Der Kassenbestand betrug am Schlusse 1906 135,50 Mk. und am Schlusse 1907 219,60 Mk. In die Zentralkasse wurden im vergangenen Jahre 3606,40 Mk. abgeliefert. Das abgelaufene Jahr war ein Jahr der Arbeit, aber auch ein Jahr des Erfolges. Zum zweiten Punkt, Rechnungsablage, erstattete Kollege Joh. Heinrich den Kassierenbericht. Namentlich der Revisoren erklärte Kollege Dohmensen, Kasse und Bücher in bester Ordnung vorgefunden zu haben, worauf die Entlassung des Kassierers erfolgte. Zum dritten Punkt, Vorstandswahl, wurden gewählt bzw. wiedergewählt die Kollegen Heinrich, Dammmer, Lenders; letzterer wurde neugewählt. Alsdann hielt der Bezirksvorsitzende ein ausführliches Referat über die beantragte Stoffeherbewegung in Kreisfeld. Unter Berichtedenes wurde besonders debattiert darüber, daß einige Mitglieder so viele Marken notwendig hätten. Es wurde darauf hingewiesen, daß in Zukunft die Marken besser in acht genommen werden müßten, wollten die Kollegen sich nicht selbst schädigen. Kollege Je ermahnte noch, die eingetragene Bibliothek mehr in Anspruch zu nehmen. Nachdem der Vorsitzende noch verschiedenes erwähnt, namentlich immer die Versammlungen so zu besuchen wie heute, zur Freude der anwesenden Kollegen, besonders aber des Vorstandes, wurde die Generalversammlung geschlossen.

Ummeln. Die am 19. Januar abgehaltene Mitgliederversammlung war wieder nicht so besucht, wie es sein müßte. Die Quartalsabrechnung und die weitere Tagesordnung wurde glatt erledigt. Sodann referierte der Unterrichtsbeauftragte, Kollege Ketzger, über Arbeiterrecht und Gewerbeinspektion.

Der Vortrag wurde mit Interesse verfolgt und mit Beifall belohnt. Hieraus haben wir gelernt, daß der Einwand, es gibt doch nichts, nur als leere Ausrede betrachtet werden kann. Sodann warf der Vorsitzende einen Rückblick auf die zweijährige Zugehörigkeit zum Verbande. Er erwähnte die Mitglieder, die sich geistig mehr zu bilden durch Lesen unseres Fachorgans und Benutzung der Bibliothek und durch guten Versuchungsbesuch. Weiter erwähnten noch einige Kollegen zur Agitation, da sich die Mitgliederzahl noch vermehren müsse. Sodann gedachte störrische Mitgliedmann in kurzer Ansprache des Geburtstags unseres Kaisers und brachte ein begeistertes aufgenommenes Hoch auf denselben aus. Danach wurde die schön verlaufene Versammlung geschlossen.

NB. Die Mitglieder werden an dieser Stelle nochmals darauf aufmerksam gemacht, die diesjährigen Lohnzettel auszubehalten, um den Verdienst in die hienotigsten bald erscheinenden Lohnbücher genau eintragen zu können. Die nächste Versammlung findet am 9. Febr. statt. Hoffentlich werden alle Kollegen und Kolleginnen pünktlich erscheinen.

Wiegen. Laut Beschluß der vereinigten Vorstand-, Förderer- und Vertrauensmännerkongreß vom 26. Jan. betreffend der Hausagitation diese folgendes zur gef. Kenntnisnahme: Jeder Bezirk (früher Ortsgruppe) regelt diese Angelegenheit für sich; infolgedessen werden die Vorstandsmitglieder, Förderer, Vertrauensleute, sowie die Fabrikaufsichtsmitglieder, alle männlichen und weiblichen Kollegen hiermit in Interesse der Hausagitation dringend ersucht, am Sonntag, den 9. Februar, morgens 10 Uhr, beim Wirten Ludwig Waus (Unter den Linden) zu einer näheren Besprechung zu erscheinen. Im Interesse unserer guten Sache möge dieser Appell genügen, die treibenden, intelligenten Kollegen und Kolleginnen, die aus Versehen keine besondere Einladung hierzu erhalten haben, zu dieser Besprechung vollständig zu erscheinen. Gleichzeitig wird auf die am 9. Februar, nachmittags 4 Uhr stattfindende große Arbeiterinnenversammlung in der Echolung aufmerksam gemacht.

Werden (Kurz). Etwas besser wie sonst war unsere diesjährige Generalversammlung besucht, welche am 18. Jan. stattfand. Nach einem kurzen Geschäftsbericht, welchen der erste Vorsitzende las, wurde vom Kassierer der Massenbericht vorgelesen. Aus demselben ist hervorzuheben, daß die Mitgliederzahl am Anfang des Jahres 1907: 142 und am Schluß des Jahres 183 betrug, mithin ein Zuwachs von 41 Mitgliedern. Die Kassenverhältnisse in unserer Ortsgruppe waren folgende: Eingenommen wurden im Berichtsjahre 2550,20 Mk., davon an die Zentralkasse gezahlt 1776,98 Mk. An Krankengeld wurden verausgabt 390,70 Mk.; der Lokalkasse überwiesen 382,52 Mk. Der Lokalkassenschatz beträgt am Schluß des Jahres 1907 246,73 Mk. Die Revisoren erklärten die Kasse revidiert und richtig befunden zu haben, worauf dem Kassierer Entlastung erteilt wurde. An Stelle des auscheidenden Revisors Aug. Heyet wurde der Kollege Alb. Korten gewählt. Der bisherige erste Vorsitzende Friedrich Steffens, sowie auch das auscheidende Vorstandsmittglied Alb. Hennhoff wurden einstimmig wiedergewählt. Für die am 2. Febr. d. J. stattfindende Bezirkskonferenz wurde unser zweiter Vorsitzender Heinrich Quintz delegiert. Es wurden sodann sieben Kollegen als Kartelldelegierte gewählt. Der Kassierer machte darauf aufmerksam, daß Mitglieder im Erkrankungsfall Beginn und Ende der Erwerbsunfähigkeit durch ein ärztliches Urteyl des Kassierers anzumelden hätten. Erwähnt sei noch, daß aus der Kohleverkaufsstelle im vorletzten Jahre 6000 Zentner Kohlen von den Mitgliedern bezogen wurden. Zum Schluß der äußerst anregend verlaufenen Generalversammlung wurde darauf aufmerksam gemacht, daß zu der nächsten Mitgliederversammlung ein auswärtiger Referent genommen werden soll.

Aus unserer Industrie.

Die Ausichten der Textilindustrie.

Wenn in den anderen Industrien, schreibt die R. W., die Konjunktur bereits geraume Zeit im Rückgang begriffen ist, pflegt die Textilindustrie in der Regel sich noch eines guten Geschäftsganges zu erfreuen. Dieser alte Erfahrungssatz findet auch zur Zeit Bestätigung, und zwar trifft er diesmal vornehmlich bei der Baumwoll- und bei der Leinen-Industrie zu. Abgesehen davon, daß der Produktionsprozess vom Rohstoff bis zum Endfabrikat in den Textilverwerken ein auch zeitlich sehr ausgedehnter ist, haben namentlich die langfristigen Abschlässe und daneben auch die Steiligkeit der Rohstoffmärkte es bewirkt, daß speziell die Baumwoll- und die Leinenindustrie in den meisten Abteilungen in einem gegen die besten Perioden des Jahres 1907 noch kaum verringerten Maße beschäftigt sind. War es auch die Rohstoffsteigerung, die fast in allen Industriezweigen den Umschwung in der Konjunktur mit herbeiführten, so ist es doch unbestreitbar, daß rückgängige Rohstoffpreise auf den Geschäftsgang in jeder Industrie noch einen viel schädlicheren Einfluß ausüben als selbst sehr hohe Rohstoffpreise. Zurückgehende Rohstoffpreise bewirken eine Entwertung der Warenwerte längs aller Stufen der Erzeugung, gegen die allerdings geringe Anschaffungen sich zu schützen suchen. Selbst langfristige Abschlässe hängen gegen diese schädlichen Einflüsse des Rückganges der Rohstoffpreise keinen vollen Schutz, und die Baumwollindustrie hat sich nur den langfristigen Abschlässen im Verein mit der guten Haltung der Preise der Rohbaumwolle zu verdanken, daß in ihrem Bereich der Rückgang der Konjunktur bisher sich noch viel weniger fühlbar gemacht hat, als in fast allen anderen Zweigen des Wirtschaftslebens.

Was die Größe der laufenden Baumwollernte anbelangt, so ist es bemerkenswert, daß die Ernteerzeugung in den letzten drei Wochen jener des vorigen Jahres ungefähr gleich war. In Mill. Ballen sind sämtlich in Sicht genommen (in der Woche bis):

1907/08	1906/07	1905/06
0,489	0,493	0,338
27. Dezember	0,431	0,311
3. Januar	0,425	0,426
Insgesamt bis 3. Januar	6,773	8,173

Die Ernteerzeugung ist also bisher gegen das Vorjahr mit 1,4 Mill. Ballen im Rückstand. Zu diesem Anus haben aber die letzten drei Wochen nur 6000 Ballen beigetragen. Nimmt man nun an, daß die Ernteerzeugung auch weiterhin der des Vorjahres entspricht, so würde die laufende Ernte mit 1,4 Mill. Ballen hinter der des Vorjahres zurückbleiben, falls also auf etwa 12,1 Mill. Ballen beschränkt. Diese Annahme zutrifft, dann würde die weitere Preisbildung vorwiegend von den den Konjunktur

beeinflussenden Faktoren bestimmt werden. Da sind zunächst die Betriebsbeschränkungen in Amerika zu nennen. Ferner sind die Lohnfreiheitigkeiten in Bancaffire besonders in Betracht zu ziehen. Die Baumwollspinner des Bezirkes Manchester haben die Ausschaltung der Arbeiter beschloßen, und wenn es nicht gelingen sollte, eine Einigung herbeizuführen, so würde die Ausführung dieser Maßnahme bei dem enormen Baumwollverbrauch Englands auf die Preise des Rohstoffes wohl einen Druck ausüben. Andererseits würde der Weltmarkt entlastet. Im allgemeinen hätte also die Kontinental- und namentlich auch die deutsche Baumwollindustrie von der Ausschaltung in England Vorteil. Es ist aber angesichts der großen Lieferungsverpflichtungen der englischen Industrie für Garn- und Gewebe wenig wahrscheinlich, daß es wirklich zu durchgreifenden Betriebsbeschränkungen kommen wird.

Für die deutsche Industrie wird, abgesehen von der Lage auf dem Weltmarkt, die Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Konjunktur im Inlande von größter Wichtigkeit sein. Die Spinner sind noch zumeist bis zum Herbst für ihre ganze Produktionsfähigkeit mit Aufträgen zu lohnenden Preisen versehen, so daß sie für das Jahr 1908 hinter 1907 kaum zurückbleiben wird. Bei den Webern liegt die Sache anders. Seitdem die Juberversicht in den Fortbestand der Konjunktur im Herbst die schwere Erörterung erfahren hat, sind neue Abschlässe von Belang nicht vorgekommen. Doch sind die Weber von Rohware von früheren Aufträgen her für die nächsten Monate mit Arbeitsstoff noch versehen. Die Weberei aber, die seit dem Frühjahr 1907 neue Aufträge nicht erhalten haben, erwarten jetzt Spezifikationen in Betreff der reiflichen alten Orders und namentlich neue Aufträge, ohne die sie bald zu Betriebsbeschränkungen gezwungen wären.

Am günstigsten von allen Zweigen der Textilindustrie liegt die Leinen-Industrie, die im Jahre 1907 voll und äußerst vorteilhaft beschäftigt war. Die Spinnerlei ist in Deutschland auch für das ganze Jahr 1908 mit Aufträgen zu sehr guten Preisen versehen. Auch die Weber sind, wenigstens soweit Stapelartikel in Betracht kommen, für mehrere Monate noch unter Kontrakt. Inzwischen hat die amerikanische Krise diese Industrie mit ganz besonderer Wucht ergreifen, da die europäische Leinenindustrie mit einem sehr großen Teil ihres Exports auf den Absatz in den Vereinigten Staaten angewiesen ist. Auch in Deutschland arbeiten viele Leinenwebereien zu einem großen Teil für Amerika, und da von dort viele Bestellungen annulliert oder ihre Ausführung verzögert werden, so werden diese Betriebe mit ihrer Erzeugung auf dem Inlandsmarkt kommen, oder auch den Betrieb einzuschränken gezwungen sein, zumal bei den äußeren hohen Preisen der Leinenwaren auch die Aufnahmefähigkeit des inländischen Marktes geringer geworden ist.

Weniger günstig als die Baumwoll- und die Leinenindustrie liegt die Woll- und die Futebranche, und zwar steht dies im Zusammenhang mit dem starken Preisrückgang der Wolle und der Fute. Daß der Preisrückgang dieser zwei Rohstoffe aber nicht durch die sinkende Beschäftigung der Industrie hervorgerufen wurde, sondern daß umgekehrt dieser die Schädigung der industriellen Konjunktur erst hervorgerufen hat, geht daraus hervor, daß die statistische Position der Wolle und der Fute für gesund erscheint. Tatsächlich ist in den ersten Tagen des neuen Jahres auf den Wollmärkten eine feste Tendenz zum Durchbruch gelangt, und von dem letzten und zugleich niedrigsten Preis der laufenden Sicht auf dem Antwerpener Kammingmarkt, der am 31. Dezember 4,67 1/2 Francs betrug, hat sich in den ersten Geschäftstagen eine Aufbesserung um 1/2 Franc vollzogen. Die Vorräte bei den Verbrauchern sind überall gering: die australische Wollproduktion des laufenden Jahres wird nimmehr um ca. 50 000 Ballen geringer geschätzt als im vorigen Jahre; die Herabsetzung des Handelskontos in London hat die Zuversicht wieder etwas neu belebt, und unter dem Eindruck all dieser Faktoren ist die Tendenz einigermaßen angenehmer geworden. In Deutschland ist die Kammingbranche noch für einige Monate mit Aufträgen versehen. Neue Geschäfte von Belang sind aber trotz der günstigen statistischen Position des Rohstoffes vorerst kaum zu erwarten, da der Konium weitgehende Zurückhaltung abt.

Auf dem Rohjute Markt hat sich die Tendenz in den letzten Tagen gleichfalls etwas bessert. Die deutsche Industrie ist zumeist bis Mai mit Aufträgen versehen. Im Hinblick auf den Weltmarkt müßten aber kürzlich die Preise mehrmals ermäßigt werden. So wurde der Preis für Persians Nr. 320 am 31. Dezember auf 26,3 Pfg. ermäßigt, gegen 26,9 Pfg. am 13. Dezember und 27,7 Pfg. am 28. November.

Gewerkschaftliches.

Aus der allgemeinen Arbeiterbewegung.

Krankentafelgesetz für den Regierungsbezirk Aachen. Das Bezirkskartell der christlichen Gewerkschaften Aachens hatte auf Sonntag, den 19. Jan. die Vertreter der Krankentafeln des Regierungsbezirkes zu einer Tagung einberufen, die sich mit der Frage des Aufbaues der Arbeitervertretung in der sozialen Gesetzgebung und mit der Bedeutung und Reform der Krankenversicherung beschäftigte. Die Tagung war von 276 Krankentafelvertretern besucht. Als Gäste nahmen an der Versammlung teil der Regierungspräsident Dr. von Sanbt, Geheimrat Regierungs- und Gewerbeamt Stores, Beigeordneter Spielgen und der Bezirkspräsident der kath. Arbeitervereine Kaplan Saffen. Nachdem der Vorsitzende des Gewerkschaftskartells die Versammlung eröffnet und die Eröffnungsrede begründet hatte, nahm der Regierungspräsident das Wort zu folgenden Ausführungen:

Sie geben mir Gelegenheit, Ihre Wünsche und Beschwerden zu hören und mich darüber zu informieren. Das höchste Gut des Menschen ist die Hoffnung, und aus ihr geht das unverzagte Bestreben hervor, diese Hoffnung in die Wirklichkeit umzusetzen. Wer wird es wagen, diese Hoffnung einem Menschen zu nehmen? Ein solches Streben ist aber notwendigerweise mit Kampf verbunden, denn es kann nicht der eine seinen Wünschen Geltung verschaffen, ohne daß der andere in Mitleidenschaft gezogen wird. Die schönste Pflicht eines Beamten scheint es mir nun zu sein, sein Herz keiner Partei zu verschließen, sondern vorurteilsfrei zu prüfen und den Wünschen zum Siege zu verhelfen, die dessen würdig sind. Ich danke Ihnen für ihre freundliche Einladung und werde den Verhandlungen mit Interesse folgen.

Darauf verbreitete sich Stadtverordneter und Frankenkassierer Müller nach über Aufbaue der Arbeitervertretung in der sozialen Gesetzgebung. Nach einem sehr sachlichen Vortrage wurde vom Re-

ferent eine Resolution vorgebracht, worin die Gründung von Arbeitervertretervereinen empfohlen wurde. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

In der Nachmittagsagung sprach der Volksbureauvorsitzer Dick aus die Wiederrück in einer zweifelhafte Rede über die Reform der Krankenversicherung. Diese Rede wurde sehr beifällig aufgenommen und nach Beendigung der Diskussion folgende Resolution einstimmig angenommen:

Von 276 Delegierten besetzte Nachener Bezirkskartelltag vom 19. Januar 1908 in leichter nur Frage der Krankenversicherung einstimmig folgende Resolution: 1. Beschluß mit Überweisung des Berichtes an den Verein der Arbeitervereine. 2. Beschluß mit demjenigen der Sozialversicherung des Berichtes beauftragt werden, insbesondere: a) die Dienstboten, Arbeiter und Angestellten in Privatdiensten, landwirtschaftlichen Arbeiter und Heimarbeiter der Krankenversicherung zu unterstellen. 2. Um für eine Zentralisation der Krankenversicherung zu schaffen, daß für einen Bezirk, etwa von der Größe eines preussischen unteren Verwaltungsbezirkes, nur eine Krankenkasse besteht, je nach Bedürfnis mit mehreren Kassellen. Insbesondere müssen die Gemeindefrankenversicherung, die Betriebskrankenkassen und Innungskrankenkassen von der Zentralisation erfaßt werden. 3. Die Verwaltung der Zentralisation muß als öffentliches Ausschussorgan für die übrigen Versicherungszweige ins Auge gefaßt werden. 4. An der bisherigen historisch gewachsenen und bewährten Verwaltungsorganisation der Krankenversicherung darf nicht gerüttelt werden, da Inkompetenzen durch das obligatorisch einzuführende Beiträgezwangsrecht zu vermeiden sind. 5. Das Streikverfäahren in Sachen der Krankenversicherung muß in andere Bahnen geleitet werden, da die Aufsichtsbekörden im allgemeinen als richterliche Instanz sich nicht bewährt haben und die Prozessführung bei den ordentlichen Gerichten nicht den Grundgedanken der Sozialgesetzgebung entspricht. Bei den Zentralkrankenkassen sind paritätische Schlichtungskommissionen einzusetzen. Gegen deren Entscheidung soll die Anrufung des Schlichtungsgerichts und in letzter Instanz Revision zum Reichsversicherungsamt zulässig sein.

Der Vorstand des Bezirkskartells wurde beauftragt, die Resolution näher zu begründen und sie dem Reichstag und dem Abgeordneten des Regierungsbezirks Aachen zu übermitteln.

Die erste Tagung des Krankentafelvertretertages kann als durchaus gelungen bezeichnet werden, so daß der Bezirkskartelltag-Vertretertag in Zukunft häufiger einberufen werden wird.

Aus gewerkschaftlichen Gewerkschaften.

Weihnachtsgedanken des „deutschen Textilarbeiter“. Sie ziehen von Dorf zu Dorf, die Agitatoren des „neutralen“ Textilarbeiterverbandes, und suchen mit süßen Tönen über Neutralität usw. die Arbeiter in den sozialdemokratischen Verband zu locken. Wo die Arbeiterkraft noch christlich denkt und handelt, da wird das rote Tuch in die tiefsten Tiefen der Hölle gefahren; da sind die sozialdemokratischen Verbände katholischer als der Pöppel und evangelischer als Luther. Und leider glauben manche christliche Arbeiter den Sirenenfängen und organisieren sich in einem Verbands- und sozialdemokratisch, christentumsfeindlich ist bis tief ins Herz hinein. Besonders an hohen christlichen Festtagen küßt der „neutrale“ Verband den Schleier und zeigt seine wahre Gesinnung in bezug auf Christentum und christliche Feste. Es muß diese Aufgabe immer wieder festgehalten werden, um jenen Organisatoren, die taktisch genug sind, den wahren Charakter der sogenannten freien Gewerkschaften bei einer Agitation unter den christlichen Arbeitern zu verdeutlichen, damit um die Ohren schlagen zu können; den gewerkschaftlich ungeheilten Arbeitern muß das wahre Gesicht der „freien“ Gewerkschaften gezeigt werden können. Wir können jetzt eine Blütenlese in Weihnachtsartikeln aus sämtlichen sozialdemokratischen Verbänden bringen, die beweisen würde, daß sämtliche Berufsorganisationen „freier“ Richtung die christliche Liebesgebung und christliche Sitten und Gebräuche mit Gift und Galle überschütteten; es wird aber genügen, wenn wir mit einer Probe aus dem Weihnachtsbetrachtungen des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes aufwarten. Mit den Mitgliedern dieses Verbandes kommen unsere Kollegen ja am häufigsten in Berührung. Der „Textilarbeiter“, Organ des „neutralen“ Textilarbeiterverbandes, schreibt in seinem Weihnachtsartikel:

Nicht lange noch, und 2000 Jahre sind verfloßen, seitdem das Christentum gegründet wurde. Die Worte: Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen, sollen von einem wirklichen Engel gesprochen worden sein, wogegen aber schon der Umstand spricht, daß das neue Testament, in dem diese Worte vorkommen, erst ein paar Jahrhunderte nach Christi Tod zusammengetragen wurde. Diese Worte haben übrigens einen ganz anderen Sinn und eine ganz andere Bedeutung, als ihnen so häufig untergelegt wird. ... Das Christentum unterlag, trotz seinem Siege und seiner Märtyrer dem Rammon. Nicht dem Ideal ist es zuzuschreiben, daß sich das Christentum selbst in der Masse einbürgerte, die es früher so hart verfolgte und bekämpfte hatte, sondern nur und allein dem Rammon. ...

Die schnelle Entwicklung, die die katholische Kirche in den Jahrhunderten nahm, kann niemals Sieg des Ideals genannt werden, denn immer größer wurde die Kirche als Wirtschaftsfaktor in der Welt, und immer größer die Abhängigkeit der Gläubigen. Ja, selbst Kaiser und Könige mußten sich diesem Faktor beugen. Nicht allein, daß sich diese Kirche schäme anjammelte, was von derselben Kirche als die größte und verdammenswerteste Sünde verurteilt wurde, nein, sie ging noch weiter. Sie machte gleich den Abfälligen, gleich den Mitteln Ebenbüdiger Gottes zu Sklaven. Nicht allein zu leiblichen Sklaven, zu Leuten, die in der rigorosesten Weise ausgebeutet wurden, nein, sie machte sie auch noch zu geistigen Sklaven. Das zeigen noch heute die meisten Länder, in denen der Katholizismus unumwunden herrscht.

Ueber die Reformation heißt es in dem Artikel: „Fürsten und Abtge saßen sich dadurch, daß sie sich der neuen Lehre (Luther) zuwandten, von aller Moralität entbanden, wenn sie die Kirche ihre Güter und ihren Reichtum entzogen. Die Bauernschaft aber glaubte, die neue Lehre verdamme überhaupt den Reichtum, aberhaupt dasjenige, was den einzelnen Menschen hindere, freie, gleiche und brüderliche Liebe zueinander zu betreiben. Sie hatten sich aber in Luther gründlich getäuscht. Wohl verdamnte er den Reichtum der Kirche, aber sonst sah er selbst die anderen gesellschaftlichen Zustände als die der göttlichen Weltordnung entsprossen an. Die Reformation war somit kein Kampf um Ideale, sondern ein Kampf um den Besitz von irdischen Gütern, es war ein Kampf um Welt- und Pfaffenherrschaft.“

Und zum Schluß heißt es: „Was brach die neue Richtung der christlichen Lehre mit vielen alten Ueberlieferungen der katholischen Kirche, aber dasjenige, was hauptsächlich der Ursprung der christlichen Lehre war: Verleugung der Unterdrückung der wirtschaftlich Schwachen, blieb der Stimmung der katholischen Kirche treu. Bischof und immer wieder Phrasen waren es, die die Unterdrückten zu hören bekamen. Und selbst heute, nachdem das Christentum zirka 2000 Jahre alt ist, zeigt sich zu christlicher Betätigung einporzugucken, gegen wir wiederum, daß man für diejenigen, die in der heutigen „göttlichen“ Weltordnung Recht und Gerechtigkeit

zu ertragen haben, nur abgedroschene Lebensarten hat. Die Kirche war und ist ein Klasseninstitut geblieben, ein Klasseninstitut zur Bestimmung der Klassen, damit die Ausbeutung um so besser und bequemer betrieben werden kann.“

Dasselbe Organ klagt in der vorletzten Nummer darüber, daß die christlichen Gewerkschaften die „freien“ als christentumsfeindliche Organisationen bezeichnen. Der widerliche Mensch ist der Pöppel!

Generalversammlung des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes. Die neunte Generalversammlung des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes wird vom 4.—9. Mai in Leipzig abgehalten. Die Tagesordnung ist wie folgt festgelegt: 1) Geschäfts- und Massenbericht, 2) Arbeitslohnunterstützung, 3) Einführung von Arbeitsnachweifen, 4) Streiks und Lohnbewegungen, 5) intern. Textilarbeiterbewegung, 6) innere Verwaltungsarbeiten, 7) die Arbeiterin in der Textilindustrie.

Sie bekräftigen „Gelbes“. Der „gelbe“ Bund, wie man den Bund baltischer Arbeitervereine nach der letzten Entwicklung, die er nimmt, trotz seiner Neugründung, den „gelben Cooleur“ nennen muß, behagt sich in seinem Organ, der „deutschen Erde“ (Nr. 1), bitter darüber, daß in unabhängigen Arbeiterkreisen so wenig Verständnis für ihn aufzukommen will, oder richtiger gefaßt, daß man seine tugendlichen Tendenzen rechtzeitig genug durchschaut hat. Verdräben Herzens läßt sich das Bundesorgan wie folgt vernehmen:

Die Entwicklung, die vielfach gegest und sogar gepflegt worden war, daß man den „Bund“ von anderen nichtsozialdemokratischen Arbeiterbewegungen mit Freunden als einen braven, aufrichtigen Mitstreiter begrüßen würde, hat nicht stattgefunden. Das kann aber nicht verhindern, handzuhalten in der Ansicht, daß die gesamte deutsche Arbeiterwelt in ganz kurzer Zeit der Sozialdemokratie verfallen sein wird, wenn nicht ein großes gemeinsames Gegenlager fest und sicher aufgerichtet wird. Man zeige uns den Weg, der breit genug und gangbar ist, um das gesamte nichtsozialdemokratische Arbeiterherd der Schlacht gegen den Umsturz entgegenzuführen — und der „Bund“ wird seine Sonderlage einziehen. Solange dieser Weg nicht geebnet und seine Gangbarkeit nicht bewiesen ist, werden wir unsere Bestrebungen fortsetzen. Diese aber haben nun einmal ihr Eigentümliches, und sie bedeuten einen Bruch mit den bisherigen Maßnahmen der nichtsozialdemokratischen Arbeiterbewegung, als sie das Einberufen zwischen Unternehmern und Arbeitern weit stärker als irgend eine andere Arbeitervereinigung betonten. Von dieser Erkenntnis und von dem wirtschaftlichen Frieden zwischen beiden Seiten führt dann der Weg ganz von selbst zu den tatsächlichen Mitteln, das Einberufen auf eine gesicherte Grundlage zu stellen.

Das vom Bund gewünschte Gegenlager braucht er aber nicht etwa noch aufzubauen, sondern es ist schon da: Die über eine Million Mitglieder zählende christlich-nationale Arbeiterbewegung, die den Weg zur Bekämpfung des Umsturzes zwar nicht nach Bundeszwecken in bloßer oder Sozialistenözeire erblickt, sondern in einer kraftvollen Sozial- und Gewerkschaftspolitik im christlichen und sozialen Rahmen. Und daß dieser Weg der richtige ist, beweist das in verhältnismäßig kurzer Zeit bewirkte machtvolle Emporkommen dieser Bewegung und umgekehrt der große Elter, mit der die Sozialdemokratie sie bekämpft. Unter diesen Umständen kann der „Bund“ ruhig „seine Flagge einziehen“ ohne daß das Vaterland dadurch Schaden leidet.

Andernfalls darf man mit Recht weiter behaupten, daß er nicht nur unter gewerkschaftlich „gelber“ Flagge segelt, sondern unter dieser zugleich politische Tendenzen verbirgt. Das ganze Gerede des Bundesblattes ist nichts anderes als Schaumslägeret zur Einleitung unselbständiger und über das wahre Wesen des Bundes nicht aufgeklärter Arbeiterkreise!

Aus der ausländischen Arbeiterbewegung.

Die Arbeiterbewegung in Rußland. In Rußland steht die Arbeiterorganisation noch in ihren Anfängen. Der Berufsverband gibt es erst wenige, und diese wenigen sind von geringer Ausdehnung. Einige Bedeutung besitzen nur die Verbände der Buchdrucker, Metallarbeiter und Textilarbeiter. Von Interesse ist es, die Haltung zu beobachten, welche die Regierung ihnen gegenüber eingenommen hat. Von 1897 bis 1905 bemühte sie sich, die Arbeiter vom politischen Kampfe des Proletariats und den Angriffen auf den Barismus ab- und dem ausschließlich wirtschaftlichen Kampfe gegen den Kapitalismus abzugewöhnen. Zu diesem Zwecke schloßen sich zwei Regierungsagenten, Subatoff und Wassiljewitsch, ein und betätigten sich lange Jahre in dem von der Regierung angewiesenen Sinne. Zunächst weiß Subatoff die Bewegung einzuleiten, die sich nach ihm (Subatoff'sch) benannt: er gründet Verbände und Schulen, von denen dann die Sozialisten profitieren, indem sie sich Befreihung des Basillischtsch seinen „Petersonsberger Werkstättenausweis“ ein, in dem sich abdamn wiederum die Sozialisten eine Majorität erwarben. Das Auftreten des Petriehes Gapon stellt den letzten aus jener Reihe von Verwuchern dar. Es gelang der Regierung nicht, sich ein die Arbeiter täuschendes Kleid anzulegen, und von 1905 an wirft sie die Maske ab. Von jenem Zeitpunkt an ist den Arbeiterverbänden der Krieg erklärt. Nunmehr wird die kaiserliche Gesetzgebung in aller Strenge gehandhabt. Sie bestrafte den Streik mit 4 bis 8 Monaten, den Eintritt in die sogenannte Arbeitsfreiheit mit 8 bis 16 Monaten, ebenso den Streik der öffentlichen Angestellten und die Teilnahme an einer Vereinigung zur Verführung eines Streiks mit 1 Jahr 4 Monaten Festungshaft im Mindesten und 4 Jahren im Höchstfalle. Es sind daher die Eisenbahner, die nach dem 17. Oktober einen Verband gegründet haben, gezwungen, ihre Bestrebungen geheimzuhalten. Von 116 Verbänden, die im ersten Halbjahr 1907 mit der Eintragung eingenommen, gelang es nur 48, sie zu erhalten, die anderen 68 sind auf ein ungeheures und daher heimliches Dasein angewiesen. Jeder Tag bringt die Auflösung einer Organisation. Ein solches Los mußte erst am 29. Oktober d. J. die stärkste und bestorganisierte Organisation, jene der graphischen Berufe, die 10 000 Mitglieder (= 40% der Berufsangehörigen) umfaßte, treffen. Angleich wurde ihr Organ unterdrückt. Die Auflösung dieses Verbandes, der seit Jahren an der Spitze der Berufsvereinigten Bewegung markierte, ist von großer Tragweite für das ganze russische Proletariat. Inzwischen, aller Unterdrückung zum Trotz erheben immer wieder neue Vereinigungen, und diejenigen, die aufgelöst wurden, konstituieren sich von neuem in Schatten des Versteckts.

Aus Unternehmerverbänden.

Ein Wechsel im Direktorium des Zentralverbandes deutscher Industrieller. Das Direktorium des Zentralverbandes deutscher Industrieller war am 6. Januar in Berlin zu einer Sitzung zusammengetreten, in der Geh. Kommerzienrat Emil Rüdorff wegen seines unbefriedigenden Gesundheitszustandes die Stellung als erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Direktoriums niederlegte. An Stelle Rüdorffs, der übrigens im Direktorium als Mitglied verbleibt, wurde, da Geh. Kommerzienrat Rüdorff Berlin, der bisherige zweite Stellvertreter des Vorsitzenden, die Wahl zum ersten Stellvertreter ablehnte, Landrat a. D. Köhler-Essen, Vorsitzender des Direktoriums der A.-G. Friedr. Krupp, einstimmig gewählt.

Küper mit der Erlebung laufender Geschäftsangelegenheiten beschäftigt sich das Direktorium eingehend mit dem Entwurf einer Novelle zur Gewerbeordnung. Es wurde den „Berl. Pol. Nachr.“ zufolge beschlossen, alsbald nach der ersten Lesung dieses Gesetzes Entwurfs im Reichstage den Ausschuss des Zentralverbandes einzuberufen, um die zahlreichen Bedenken der Industrie gegen eine Reihe der beabsichtigten Vorschriften zur Geltung zu bringen.

Ein Wechsel im sozialpolitischen Kurs scheint demnach im Verband mit dem Wechsel im Präsidium nicht vor sich zu gehen.

Vorstandsbesitzung des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände. In Berlin fand am 13. Jan. unter Vorsitz des Kommerzienrats Wend-Altona eine Vorstandssitzung des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände statt. Aus dem Geschäftsbericht ist hervorzuheben, daß die Organisation im Jahre 1907 erhebliche Fortschritte gemacht hat. Während Ende 1906 dem Verein 25 Mitgliedsverbände mit etwa 1000 Unterverbänden und etwas über 1 Million Arbeiter angehörten, ist die Zahl der Mitglieder durch den Zutritt von 19 Verbänden im vergangenen Jahre auf 44, die Zahl der Unterverbände auf über 300 und die Zahl der angeschlossenen Arbeiter auf 1.300.000 gestiegen. Von Industrien, welche sich im Berichtsjahre neu angeschlossen haben, sind hauptsächlich zu erwähnen, die Chemische, Zigarren-, Stroh- und Holz-Industrie und ferner Handwerks- und Gewerbevereine, sowie eine größere Zahl von gemischten Arbeitgeberverbänden in allen Teilen Deutschlands. Die Ausbreitung der Entschuldigungs-gesellschaft des Vereins, welche als Rückversicherungsgesellschaft wirkt, hat ebenfalls Fortschritte gemacht; für das Jahr 1908 haben bereits verschiedene Verbände den Beitritt zur Rückversicherungsgesellschaft in Aussicht genommen. Es wurde festgestellt, daß im Berichtsjahre bei 197 Arbeitgeberbewegungen der Schutz des Vereins angerufen wurde.

Das Wachsen der Arbeitgeberverbände zeigt uns, was wir sollen!

Allgemeine Rundschau.

Soziale Wahlen.

Colmar i. Elsaß. In der hiesigen Firma A. Kiener u. Cie. fanden Samstag, den 11. d. Mts. die Erziehungswahlen für 25 ausführende Arbeitervertreter zur Generalversammlung der Betriebskrankenkasse statt. Zum erstenmal stellte die christliche Arbeiterpartei in der Abteilung „Weberei“, die 12 Vertreter zu stellen hatte, der Liste der ausführenden von der Betriebsleitung zur Wiederwahl vorgeschlagenen sozialdemokratischen Vertreter eine eigene Kandidatenliste entgegen. Der Erfolg war den Verhältnissen entsprechend ein beachtender, doch drang, wie voraussichtlich war, die Liste der „Ausführenden“ durch, infolge verchiedener für die „Christlichen“ ungünstiger Umstände, die das zu erwartende Resultat stark beeinflussten.

Dem § 30 des Konzerngesetzes zufolge soll der Wahltermin drei Tage vorher durch Umschlag in den Fabrikräumen bekannt gegeben werden, jedoch wurde dieser Bestimmung zuwider die Terminsetzung dieser Wahl erst am vorhergehenden Tag, vormittags 10 Uhr, von der Verwaltung der Kasse an geschlagen und zwar an einer Stelle, die einer großen Anzahl von Arbeitern, welche mittags und abends einen andern Ausgang benutzen, selten zu Gesicht kommt, jedoch eine große Masse der in der Weberei Beschäftigten erst am Wahltag erfahren, daß am selben Abend überhaupt Krankenkaswahl stattfindet. Aufgabe dieser Aufgabenstellung der industriellen Bestimmungen durch die Kasselführung war das Komitee der christlichen Arbeiterpartei gezwungen, am Wahltag selbst ohne jede Vorbereitung schnell noch ein Dutzend Kandidaten zusammenzustellen, in der Mittagspause die erforderlichen Wahlpapiere zu beschaffen und dann nachmittags durch die Vertreter an die Wahlberechtigten verteilen zu lassen, wobei jedoch, wie sich nachher herausstellte, gerade zwei der ausführenden Wahlberechtigten mit circa 40-50 Wahlberechtigten übersehen wurden, was eine Verletzung des Wahlrechtes im 30-40 Stimmen zugunsten der gegnerischen Liste zur Folge hatte, während andererseits die Wähler in aller Gemütsruhe zwischen konnten, wie die Wahlleitung für ihre ausführenden (sozialdemokratisch) nicht einigen andern (Erlaubt) Kandidaten vorgelegte Wahlpapiere zur Verteilung bringen ließ.

Es ist leicht erklärlich, daß es auch diesmal wieder den „Arten“ gelungen ist, ohne Mühe auf weitere zwei Jahre die Vertretung der Weberei in der Generalversammlung an sich zu reißen. Da die Fremde an diese im Siege soll ihnen nicht gewonnen werden; unsere Partei in es aber um, durch Schulung und Belehrung dafür zu sorgen, daß im zwei Jahren ein besseres Resultat erzielt wird!

Die Knappschafstaxen im Saargebiet eudeten mit einem glänzenden Siege für die Liste des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter. Gemählt wurden vom Gewerkschaft 80 Prozent und 70 Prozentvertreter, die „Deutscher“ erhielten 19 Prozent und 22 Stellvertreter. Die Christen-Demokratischen Gewerkschaften und die Sozialdemokraten gingen leer aus. Dieser Sieg der Mitglieder des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter ist besonders bedeutsam, weil er zeigt die unzulässige Schwermacht, die dem Aufkommen der christlichen Gewerkschaften im Saargebiet entgegensteht. Und auch heute noch geht der Kampf der zahlreichen Feinde der christlichen Gewerkschaften gegen diese weiter. Unternehmern, Sozialdemokraten und „Deutschen“ überlegen sich in dem Streite gegen die christlichen Verbände. Die Wahlen haben bewiesen, daß aller Kampf doch nicht die christlichen Gewerkschaften verzichten über gar in ihrem Bestehen hindern kann. Samaritanen gold aber auch als Domäne der hochgebildeten Berliner Richtung. Unter den gewerkschaftlich ungeliebten, jeder Selbstständigkeit ungewohnten Arbeitern warfen sie ihre Augen aus. Wenn man den Berichten der Berliner glaubt, sollte man meinen, daß das ganze Saargebiet den „Deutschen“ gehöre. Die Wahlen haben zum einmal die ganze Herrlichkeit der Ueberlegenheit in bescheidiger Bescheidenheit gezeigt. Armer Richter, armer Richter! Der fühlte den Schmerz, der gleich in den ihnen?

Allgemeines.

Das Reichsamt für Arbeit und Wohlfahrt in der Reichshauptstadt ist dem Reichsausschuss für Arbeit und Wohlfahrt in der Reichshauptstadt unterstellt. Die

Württemberg, Bayern und Baden z. B. nehmen entschieden Stellung gegen einzelne Bestimmungen des Entwurfs, die für die betr. Bundesstaaten eine erhebliche Verschlechterung gegen den bisherigen Zustand bedeuten. So berichtet in Nr. 3 „Der Arbeiter“, Organ des Verbandes süddeutscher kathol. Arbeitervereine aus Baden:

„Für Abwehr wider den Reichsvereinsgesetzentwurf trat in den letzten Wochen unsere katholischen Arbeitervereine unter die Gewehr. Mutig und entschlossen traten sie an, vom Bodensee bis an den Main hinab, um gegen preussischen Polizeigewalt und gegen den Raub unserer bisherigen Rechte und Freiheiten auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsgesetzes zu protestieren. In glänzenden Versammlungen wurde Stellung zu dieser hochwichtigen Frage genommen und in Resolutionen der Entwurf abgelehnt. Die Stimmung der Arbeiter zu dieser Frage ist in Baden beart, daß einem Abgeordneten, der für eine solche Vorlage, die mit dem famosen § 7 ein Ausnahmengesetz für die Arbeiter darstellt, stimmt, bei der Wahl keine Arbeiterstimme mehr gegeben wird. Wir brauchen im Süden keine solche „Reform“ des Vereins- und Versammlungsgesetzes.“

Aus anderen süddeutschen Staaten, in denen die Bürger bisher unter einem wirklich freiheitlichen Vereins- und Versammlungsgesetz sich zusammengeschlossen und versammelt konnten, werden ähnliche Stimmungsbilder berichtet.

Der Entwurf ist z. Zt. in Behandlung einer Kommission, der auch unser Vorsitzender, Kollege Schiffer, angehört. Selbstverständlich dreht sich die Hauptdebatte um den Paragraphen 7, den famosen Ausnahmeparagraphen. Von den verschiedensten Parteien sind hierzu, wie auch zu den übrigen Bestimmungen, Änderungsanträge gestellt. Hoffentlich verläßt der Entwurf in einem brauchbaren Zustande die Kommission.

Die Gesellschaft für Soziale Reform hat an den Bundesrat und den Reichstag in Sachen des neuen Vereinsgesetzes eine Eingabe gerichtet, in der es nach der „Sozialen Praxis“ heißt:

„... Es muß unseres Erachtens, wenn nicht auf anderem Wege durch die Verringerung des Gesetzes Abhilfe geschaffen wird, zum mindesten unabweislich ausgedrückt werden, daß die Vereine der Arbeiter und Angehörten ihre Versammlungen sowie öffentliche Versammlungen, die sich lediglich mit der Verfolgung von Berufs- und sozialen Angelegenheiten beschäftigen, nicht unter die Bestimmungen von §§ 2, 3 und 11 Nr. 1 und 2 des Entwurfs fallen.“

Auch die Vorschrift des § 7 des Entwurfs, wonach die Verhandlungen in öffentlichen Versammlungen in deutscher Sprache zu führen sind, bedeutet eine ernste Gefahr für die Arbeitervereine und die Arbeitervereine, die in den Grenzgebieten des Reichs und den Zentren der Industrie zahlreich tätig sind, welche der deutschen Sprache nicht mächtig sind. Es liegt in dieser Bestimmung eine erhebliche Einschränkung ihrer Wirksamkeit und eine Einschränkung ihrer notwendigen Tätigkeit unter den fremdsprachigen Berufsgruppen.

Das Arbeiter, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, bedürftig werden können, in öffentlichen Versammlungen ihre sozialpolitischen Interessen zu vertreten und zu vertreten, um sich über die wirtschaftliche und geistige Fehlbildung ihres Standes, über Beginn oder Beendigung eines Ausfluges, über die Bedingungen eines Tarifvertrages zu verständigen, erachtet nicht nur unbillig, sondern auch als eine durch das Gesetz herbeigeführte Schwächung der Lage der Arbeiter im Falle des wirtschaftlichen Kampfes, nicht als eine

Ingerechtigkeit.

Deren die staatliche Gesetzgebung sich nicht schuldig machen darf. Das in einzelnen Fällen Ausnahmen von der Bundesgesetzgebung erbeten werden, ist schon mit Rücksicht auf die unermessliche Länge des Antragswesens so gut wie ausgeschlossen. Das wird auch in den Motiven zu § 7 inbetrachtet anerkannt, was bemerkt wird, daß die Landesgesetzgebungen durch Erlass allgemeiner Bestimmungen entgegen der Vorschrift des Entwurfs, in denen das Gesetz über das Beschäftigen hinausgehen würde, nach Zustimmung von vornherein ausgeschlossen werden. In den Ausführungen, die der Herr Staatsminister des Innern bei der ersten Sitzung im Reichstag machte, werden diese Punkte dahin erläutert, daß von dem Ausschussrecht Gebrauch gemacht werden soll nicht nur bei Verhandlungen internationaler Art, wo der Gebrauch des fremden Namens nicht Verbotungen unterliegen soll, welche dem deutschen Reich feindlich sind, sondern überall und allgemein da, „wo der Gebrauch des fremden Namens nicht dazu dienen soll, die Ehre des Vaterlandes zu verletzen und Beziehungen zu fördern, die dem deutschen Reich feindlich sind.“ Nach diesen Ausführungen darf angenommen werden, daß der Gebrauch der fremden Sprache in öffentlichen Versammlungen der Arbeiter und Angehörten, die zur Förderung und in Vertretung ihrer sozialpolitischen Interessen abgehalten werden, nicht verboten werden wird. Ein solches es aber für notwendig, daß dieser Schritt schon im Gesetz nicht ausdrücklich gegeben wäre, um irrtümliches Auslegen vorzubeugen.“

Die Eingabe lautet:

„Zum Schluß möge es uns gestattet sein, nochmals darauf hinzuweisen, von wem ein solches Absehen der Bedeutung der öffentlichen Versammlung und der Versammlungsgesellschaft des Vereins- und Versammlungsgesetzes für die Arbeiter und Angehörten ist. Und in dem Augen der wirtschaftlichen Interessen nur in der Vertretung der sozialpolitischen Interessen besteht, das ist für die einzelnen der Betroffenen in der Organisation ihrer Interessen vermittelnder wird, es mehr die Konzentration des öffentlichen und der Vereine fortzuführen, und nicht mehr in Verrücktheit. Die Kommission, das neue Arbeiterorganisationsgesetz für die wirtschaftliche Vertretung des deutschen Volkes ein Gesetz bezeichnen, und in irgendeinem Maße der Einheit, das gerade in einer Organisation und in dem Verhältnis, in welchem sie zu den Organisationen der Arbeiter stehen, die Förderung, damit, daß mehr und mehr der Organisations der wirtschaftlichen Interessen zwischen Arbeiter und Arbeitgebern einen höheren Ausmaß findet. Der Ausschuss ist aber, daß die Bildung, die Verbindlichkeit und die Zustimmung dieser Organisationen nicht durch Polizeiverordnungen eingeschränkt wird, und diese Organisationen nicht der Möglichkeit einer künftigen Initiative beraubt werden. Sie sind sicher, daß wir uns den vorstehenden Ausführungen aus in voller Uebereinstimmung befinden mit denjenigen auf nationalem Boden stehenden Organisationen von Arbeitern und Angehörten, welche uns in der Zahl von 118 Vereinen mit 1.120.000 Mitgliedern unterstützen sind.“

Unterzeichnet ist diese Eingabe von dem früheren präsidenten Bundesarbeitsminister Freiherrn v. Westphal und dem Generalsekretär Professor Dr. Brande.

Auch der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften hat in einer Eingabe an den Reichstag folgende Änderungsvorschläge gemacht:

- 1. Einführung des Vereins- und Versammlungsgesetzes für die Vereine der Arbeiter und Angehörten in den Bundesstaaten.
- 2. Wiedereinführung der § 2 und 3 des Entwurfs für Bundesstaaten (Landesgesetzgebung der Bundesmitglieder) aber, falls das nicht erreichbar:
- a) Es muß ausdrücklich ausgesprochen werden, daß der Paragraphen des § 2 gemäß ist, wenn für General-Versammlungen, die sich über das ganze Reich erstrecken, oder für eine gewisse Zahl von Mitgliedern und Schlußabstimmung unter einem von den Mitgliedern oder deren repräsentativen Vertretern gewählten

- 3. Fortfall der Anzeigepflicht für Versammlungen eint. einwandfreie Feststellung, daß Vorstand, Kartell- und Mitgliederversammlung von Ueberwachung und Anzeigepflicht frei sind.
- 4. Befreiung des Sprachverbots in § 7.
- 5. Befreiung der Bestimmung des § 9, daß eine Versammlung aufgelöst werden kann, wenn in den Ausführungen des Redners „der Tatbestand eines nicht nur auf Antrag zu verfolgenden Vergehens“ enthalten ist.
- 6. Herabsetzung der Strafbestimmungen.
- 7. Streichung des § 16, Abs. 3, der bestimmt, daß die Vorschrift des Bundesgesetzes in bezug auf Verbindungen und Verabredungen ländlicher Arbeiter und Dienstboten unbedingt bleibt.

Die Entscheidung in der Frage der staatlichen Pensionsversicherung für die Privatangestellten ist am 16. November 1907 in Frankfurt a. M. gefallen. In der Sitzung des Hauptausschusses waren 70 Vertreter von insgesamt 53 Verbänden der Privatangestellten sowie 5 Reichstagsabgeordnete anwesend. Zur Beratung und Beschließung stand vor der Gewerbe-Kommission an dem Hauptausschuß erstattete Bericht und die von ihr aufgestellten Leitfäden zur Durchführung der staatlichen Pensions- und Hinterbliebenen-Versicherung für die Privatangestellten. Die Verhandlungen des Hauptausschusses über den Bericht der Mehrheit und die beiden Minderheitsgutachten der Siebener-Kommission nahmen mehrere Stunden in Anspruch. Die Beratungen drehten sich in erster Linie um die Frage, ob man eine Sonderkasse für die Privatangestellten errichte, oder ob man sich mit der Forderung des Ausbaues der Invalidenversicherung begnügen solle. Bei der Abstimmung wurden die Leitfäden 1 und 2 mit folgendem Wortlaut:

„Es ist durch Reichsgesetz eine besondere Alters- und Invaliden-Zwangversicherung mit Witwen und Waisenversorgung für die Privatangestellten zu schaffen. Den Privatangestellten sind die Lohnangestellten zuzurechnen.“

Die Versicherung wird in Angliederung an die Arbeiterversicherung geschaffen mit 17 gegen 6 Stimmen bei 3 Stimmenthaltenungen angenommen. Darnach haben sich die Vertreter für 502.500 Privatangestellte für die Sonderkasse ausgesprochen, gegen welche sich nur die Vertreter für 146.000 Privatangestellte erklärt haben. Der Stimme enthalten haben sich die Vertreter für 43.000 Privatangestellte. Nahezu drei Viertel aller vertretenen Privatangestellten haben also den Leitfäden der Mehrheit der Siebener-Kommission in diesem Punkte zugestimmt. Die übrigen Leitfäden, die u. a. die Forderung der Berufswahlbarkeit, die Altersgrenze mit 65 Jahren, den 10%igen Beitrag, die Leistungen der Versicherung auf. enthalten, wurden mit 16 gegen 7 Stimmen bei wieder 3 Stimmenthaltenungen angenommen. Dafür erklärten sich die Vertreter für 428.500, dagegen die Vertreter für 221.000 Privatangestellte. Ein Antrag: Die für eine Witwen- und Waisenversicherung bereitgestellten Reichsmittel sind den Angehörten in demselben Maße wie den Arbeitern nutzbar zu machen, wurde abgelehnt.

Diese Beschlässe wurden am 17. November 1907 in einer von mehr als 3000 Privatangestellten besuchten öffentlichen Kundgebung bekannt gegeben. Sie haben nummehr die Unterlagen für die weiteren Arbeiten des Hauptausschusses. Die Beschlässe werden durch Beauftragte des Hauptausschusses dem Reichsausschuß des Innern unterbreitet werden.

Ueber den Einfluß der amerikanischen Kräfte auf Deutschland äußert sich auch die Hamburger Handelskammer in ihrem Jahresbericht; es heißt in dem Bericht: Es ist zu hoffen, daß es sich in Deutschland nur um ein Verleumdungen des jenseits des Meeres sich ausübenden Gewitters handelt, denn im großen und ganzen erweist die Lage nicht nur unserm Handel, sondern auch der Industrie und der Schifffahrt als getau. Wenn die nicht nur den deutschen, sondern ein europäisches Märkten jetzt durch die tiefen am Verhältnis aufgedrungene Zurückhaltung und ein niedriges Niveau der Preise dahin führen, den für die häufigen Umsatzenmittel zu groß gewordenen Bestand an Wägeln wieder herabzumindern, so wird das im Interesse einer baldigen Konsolidation der wirtschaftlichen Verhältnisse freudig zu begrüßen sein. Ebenso wie die privaten Unternehmern jetzt täglich die Erfahrung machen, daß Geldmarkt und Konjunktur ihnen Zurückhaltung auferlegen, so sollen auch die Kommunen, die sich zunächst nur um die Beobachtung der gesetzlichen Normalhöhen kümmern und im übrigen ihren Kredit für unerschöpflich halten, ihre Unternehmungen zurück, insbesondere wo es sich um den Erwerb von Grundstücken oder um eine nicht gleich einträglich Heiligung von Geldern handelt. So wird auch dieser Wendepunkt in der Kurve unseres Wirtschaftens hoffentlich bald ohne gewaltsame Störungen überwunden werden.

Versammlungskalender.

- Nachh. 4. Febr., 8 1/2 Uhr, bei Franzen, Kleinwärtlerstr. 12, Generalversammlung.
- Badme. 2. Febr., 6 Uhr, bei Weisw. Wanders, „Im Raut“, Generalversammlung.
- Sachsen i. B. 9. Febr., 11 Uhr, Bäckermessing, 11 1/2 Uhr, Generalversammlung.
- Hilfsh. 2. Febr., 5 Uhr, 9. Febr., 11 Uhr, Selterswasser-Veranstaltung.
- Breschl. 2. Febr., 3 Uhr, im Gasthaus zum Hirschen, öffentliche Versammlung.
- Wagweid. 2. Febr., 11 Uhr, bei Febr. Trieler, Generalversammlung.
- Gottsch. 1. Febr., 8 Uhr im Gesellschaftshaus, A. Doring, Unter Saal.
- Schlachten (a. d. Sapper). 9. Febr., 2 Uhr, bei Gust. Kopp.
- Frühm. 1. Febr., 8 Uhr, im „König von Preußen“, Pilsenerstr. 1. Febr., 8 Uhr, außerordentliche Vers. Gießenstr. 2. Febr., 11 1/2 Uhr, bei Heißler an der neuen Generalversammlung.
- Göppel. 2. Febr., 10 1/2 Uhr, bei Gebr. Carbin, Schützweg, Generalversammlung.
- Gleichen i. S. 1. Febr., 1/2 9 Uhr, im „Reisterhaus“, M. Glöckner-Str. 1. Febr., 7 Uhr, bei Bittermann, Kleinwärtlerstr.
- M. Glöckner-Str. 2. Febr., 6 Uhr, bei Heinrich Rosen, Unter Saal.
- Greten. 2. Febr., 11 1/2 Uhr, bei Baumhoff, Dilschütterstraße.
- Gleichen i. S. 2. Febr., 3 1/2 Uhr, bei Krippendorf.
- Siebel. 2. Febr., 5 1/2 Uhr, bei W. Pappan, Generalversammlung.
- R. W. Pappan. 2. Febr., 11 Uhr, bei Egidius Herrmann, Generalversammlung.
- Kreuzfeld. 9. Febr., 7 Uhr, bei Franz Kiebert, Generalversammlung.
- Striefel. 2. Febr., 11 Uhr, in der „Reichshalle“, Generalversammlung.
- Sandstein. 2. Febr., 4 Uhr, bei G. Feder.
- Sandstein. 2. Febr., 10 1/2 Uhr, bei G. Feder, 11 Uhr, bei G. Feder.

- Markt-Niederrh. (Christl. Gewerkschaftskartei.) 1. Febr., 8 Uhr, bei Friedrich Greger, Vereinshaus, Generalversammlung.
- Metzler. 4. Febr., 8 1/2 Uhr, bei Hof. Koch, Unterrichts-Kursus.
- Neerfen. 2. Febr., 6 Uhr, bei Peter Bürger, öffentliche Versammlung.
- Matt. 9. Febr., 6 Uhr, bei M. J. Sigo.
- Kretzen. 9. Febr., 11 Uhr, bei Joseph Wilms.
- Sädingen (Wader). 9. Febr., 3 Uhr, im „Kath. Vereinshaus“, Generalversammlung.
- Schleibahn. 8. Febr., 7 Uhr, bei Josef Gertshausen.
- Schiffbr. 5. Febr., 8 1/2 Uhr, bei Friedrich Koch.
- Städt. 2. Febr., 8 Uhr, im Lokale des kath. Arbeitervereins, Familienabend.
- Stützheim. 2. Febr., 5 Uhr, im Gasthof Mainz.
- Waldhausen. 1. Febr., 1/2 9 Uhr, bei Joh. v. d. Burg, Generalversammlung.
- Waldhausen. 16. Febr., 2 Uhr, bei Joh. Können, Arbeiterinnenversammlung.
- Warensdorf. 2. Febr., 11 Uhr, bei Wm. Lebe.
- Wettingen. 7. Febr., 7 1/2 Uhr, bei Bernh. Bollhage.
- Widderberg. 1. Febr., 9 Uhr, bei Wilhelm Böhm, Lindenstr.
- Wolfsbüttel. 2. Febr., 4 1/2 Uhr, bei Ostermann, Schlossplatz 17, Generalversammlung.
- Wölfeln. 2. Febr., 6 Uhr, bei Werner Leuchter, Nachenerstraße, Arbeitervertreterversammlung.

Hils. Gewerkschafts-Konsum-Verein „Eintracht“ e. G. m. b. H. Sonntag, den 9. Febr., abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn J. Bins, Generalversammlung. Tagesordnung: 1) Geschäftsbericht für 1907, Entlassung des Vorstandes und Aufsichtsrates; 2) Ergänzungswahl des Vorstandes und Aufsichtsrates; 3) Wahl der Rechnungsprüfungskommission; 4) Festlegung der Dividende; 5) Erledigung der Anträge. Dieselben müssen bis zum 6. an den Unterzeichneten eingereicht sein.

Der Ausschreiber:
F. W. W. Bentzen.
(220 Mt.)

IV. Agitationsbezirk (Barmen).

Am Sonntag, den 2. Februar 1908, nachmittags 2 Uhr beginnend, findet in Barmen im Lokale des Herrn J. Dappen, Oberbörnerstr. 69, eine außerordentliche Bezirkskonferenz statt. Ich bitte die Ortsgruppen, die durch Statut festgesetzte Zahl der Delegierten zu dieser Konferenz zu entsenden, sowie die Adressen der gewählten Delegierten mir zuzuschicken.

G. Blanfenagel, zweiter Bezirksvorsitzender, Barmen, Birkenstr. 5.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:
Paul Heerdt in Borghorst.
Adeigunde Torit in Kempen.
Christian Krins in St. Tönis.
Jos. Zimmermann in Rheydt.
Hch. Brinks in Emsdetten.
Ehre ihrem Andenken!

Literarisches.

Im Verlage der Buchhandlung des Generalsekretariats des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften sind soeben erschienen:
1. „Die Gelben“, mit besonderer Berücksichtigung der Weiben Frankreichs. In der Schrift ist sowohl die Wirksamkeit der Weiben in Frankreich, wie auch das ganze Material, das über ähnliche Gebilde in Deutschland seither erhältlich war, zusammengefasst. Man lernt in der Schrift sowohl die Arten der gelben Gewerkschaften, Statuten, innere Einrichtungen, Presse und die wahren Gründe derselben, wie auch die Stellung der deutschen Arbeiterpartei zu ihnen kennen. Die Schrift ist 76 Seiten stark und wurde in zwei Ausgaben hergestellt: eine Buchhandlungs- und eine Agitationsausgabe. Die erstere kostet 60, die letztere 20 Pf. 2. Bericht über die Verhandlungen des zweiten deutschen Arbeiterkongresses. Der Bericht umfasst 240 Seiten, großes Format. In ihm sind sowohl die wertvollen, ausführlichen Referate über die allgemeine sozialpolitische Lage, die Sonntagstheorie, Arbeiterrecht in der gesundheitschädlichen und schweren Industrie und gewerbliche Arbeiterinfrage und Arbeiterinnenorganisation, wie auch die Diskussion über dieselbe, und die Ansprachen der Regierung- und Fraktionvertreter enthalten. Der Bericht wird freiz im wichtigste Nachschlagewerk bleiben; derselbe kostet im Buchhandel 1 Mk. und wird an die Mitglieder der Organisation, die den Berliner Kongress bildeten, um 60 Pf. verabsolgt. Die Beschaffung der beiden Schriften ist allen freien jenen Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften anzuraten.
Bestellungen nehmen die Buchhandlung des Generalsekretariats des Gesamtverbandes, Köln, Palmstraße 14, sowie die einzelnen Verbandsvorstände entgegen.

„Geistige Waffen im Kampfe mit Feindlichen.“ Unter diesem Titel ist im Verlage der „Gewerkschaften“ Organ des christl. Hilfs- und Transportarbeiterverbandes eine 90 Seiten umfassende Broschüre erschienen. Dieselbe ist geschrieben von dem Redakteur der „Gewerkschaften“, Kollegen Wolff. In kurzen Strichen werden die prinzipiellen Unterschiede zwischen christlichen und „freien“ Gewerkschaften gezeichnet. Die Schädigung der Arbeiterbewegung durch die Terroristensäfte beweist das Bildlein in klaren Ausführungen. Wir können den Kollegen die Anschaffung empfehlen. Der Preis ist auf 20 Pf. gesetzt. Zu beziehen durch die Buchhandlung des Generalsekretariats Köln, Palmstr. 14.

148,000 Artikel
Verwaltungsges.

Meyers
sechste, gänzlich neu bearbeitete und vermehrte Auflage.

Lexikon
des
Konversations.

Ein Nachschlagewerk des
allgemeinen Wissens.

30 Bände in Halblein gebunden zu je 10 Mark.
6 Prospekte und Probehefte liefert jede Buchhandlung.

Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien.